

# Politische Berichte



- 3 *Gesucht: ein soziales, solidarisches Reformprogramm*
- 6 *Die Osterweiterung der Nato*
- 11 *Hamburg: Anwohner setzen Zeichen gegen Naziaufmarsch*
- 12 *Stoibers Attacke*
- 19 *800 Euro Mindestrente – Warum eigentlich nicht?*



# Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK**  
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

**Herausgegeben vom:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansen.net.de — Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN-Verlag, Stubauer Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de — Harald Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubauer Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 ), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 ). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

# Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB  
o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen  
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)  
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 )  
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 )  
o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 )  
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....  
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

**ZUWANDERUNG.** Der „Jüdische Kulturverein Berlin“ fordert: Keine Änderung in der Praxis jüdischer Einwanderungen! *Offener Brief an Parteien, Verbände, Medien: – Berlin, 29.3.2004*. Wir haben erfahren, dass im Rahmen des neuen Zuwanderungsgesetzes die Frage der Einwanderung im jüdischen Kontingentverfahren einschneidend verändert werden soll. Demnach bestehe also die Absicht, jene von der Regelung auszunehmen, die dem jüdischen Religionsgesetz (Halacha) zufolge keine Jüdinnen oder Juden sind.

Nach diesem Gesetz gibt nur die Mutter die Zugehörigkeit zum Volk weiter. Eine religiöse Konversion ist jedoch möglich. Eine weltweite Bewegung liberaler Juden akzeptiert dieses Gesetz nicht. Sie anerkennt auch die väterliche Abstammung.

Der säkulare Jüdische Kulturverein Berlin e.V. hatte am 6. Februar 1990 alle am Zentralen Runden Tisch der DDR vertretenen Parteien und gesellschaftlichen Initiativen aufgerufen, Jüdinnen und Juden sowie Personen jüdischer Herkunft in die noch bestehende DDR einwandern zu lassen, die dies wegen der politischen Instabilität und damit verbundener antisemitischer Gefahren wollten.

Die Zustimmung war einstimmig, die Einwanderung begann Ende Mai 1990. Daraus wurde die im Januar 1991 durch die Bundesinnenministerkonferenz beschlossene und bis heute geltende Kontingent-Regelung, wonach jene mit jüdischer Mutter (halachische Juden) oder jüdischen Vater (jüdische Herkunft) antragsberechtigt sind. Verwandte 1. Grades (Ehepartner, minderjährige Kinder) jeglicher Nationalität sind in das Kontingent integriert. Seit 1990 reisten etwa 170 000 Menschen in diesem Verfahren ein, um in Deutschland dauerhaft zu leben.

Wir alle wissen, dass die jahrhundertealten festgefügten antisemitischen Vorurteile nicht verschwunden sind, sondern weiterwuchern und teilweise auch gewaltsam ausbrechen. Der jüngste Skandal bei der Leipziger Buchmesse ist ein erneuter Hinweis. Die Erinnerung an den Holocaust wird von der EU in allen östlichen Beitrittsländern als unzulänglich beschrieben.

Anders als in Deutschland ist das Judentum im russischsprachigen Raum nicht nur Religion, sondern vor allem Nationalität, die in der Regel vom Vater auf den Sohn kommt und in den Personaldokumenten registriert wird. Das heißt: Der Sohn von David Abramowitsch Feldstein ist XY Davidowitsch Feldstein und er ist damit für alle erkennbare ein Jude, was ohnedies seinen Personalunterlagen zu entnehmen ist. Nur das jüdische Religionsgesetz sieht es anders – natürlich nur, wenn die Mutter keine Jüdin ist.

Die Einwanderung nach Deutschland darf auf keinen Fall nach religiöser Lo-

gik kodifiziert werden. Nicht nur für deutsche Nazis, auch für heutige Antisemiten sind die religiösen Gesetze des Judentums irrelevant.

Israel gestattet aus diesem Grund all jenen die Einwanderung, die als Kinder von jüdischen Müttern oder Vätern verfolgt werden könnten. Das ist die Lehre aus der Geschichte. Nur so darf die Richtschnur beschaffen sein.

Für uns ist unerträglich, dass einerseits ein Kopftuchverbot gegenüber streng religiösen Muslima durchgepresst werden soll, andererseits nur noch halachische Jüdinnen und Juden nach Deutschland einwandern sollen. Auch diese werden, falls sie strikt religiös sind, niemals ihre Kopfbedeckung absetzen. Orthodoxe jüdische Frauen gehen wie Muslima nicht ohne Kopftuch, Hut oder Perücke unter Menschen. Wir erwähnen dies, um späteren Irritationen vorzubeugen.

Das Verfassungsgebot der Trennung von Staat und Religion muss in jedem Fall und für alle ernst genommen werden.

Es ist längst an der Zeit, jüdischerseits eine Integration in die jüdische Vielfalt und staatlicherseits eine in die deutsche Realität nachhaltig zu fördern, anstatt Einwanderung zu bremsen und zu konfessionalisieren. Deutschland verfügt übrigens nur durch diese über die am schnellsten wachsende jüdische Gemeinschaft Europas. Wir jedenfalls sind auf die eingewanderten russischsprachigen Intellektuellen, auf Künstler, Akademiker, Ingenieure, Ärzte, Schriftsteller, auf lebenserfahrene Persönlichkeiten stolz, die, bzw. deren Kinder im Bunde mit anderen Migranten die Zukunft dieses Landes aktiv mitgestalten werden. Einwanderung ist ein Gewinn. Das sollte in der quälenden Zuwanderungsdebatte nicht vorsätzlich übersehen werden.

## KRITISCHE DAIMLER-AKTIONÄRE

verweigern Schrempp und Kopper die Entlastung, stellen eigene Kandidaten für den Aufsichtsrat auf und fordern Rußpartikelfilter serienmäßig in alle Diesel-PKW, Aussiedlung aus Minentechnologie und Rüstungsschmiede EADS sowie Gerechtigkeit für Angehörige der verschwundenen Mercedes-Mitarbeiter in Argentinien. „Nicht nur wegen der großen Unzufriedenheit mit dem Desaster bei Toll-Collect und der gescheiterten Vision der Schrempp'schen Welt-AG , sondern auch wegen der mangelnden Bereitschaft Rußfilter serienmäßig in alle Mercedes-Dieselfahrzeuge einzubauen und den noch immer vorhanden Minen und Atomwaffen im Angebot der Daimlerbeteiligung EADS“ rechnen die Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC) „auch in diesem Jahr mit einer großen Zahl von Gegenstimmen“ auf Aktionärshauptversammlung von DaimlerChrysler im Berliner ICC.

**Zusammenstellung:** alk

**Politische Berichte im Internet: [www.gnn-archiv.staticip.de](http://www.gnn-archiv.staticip.de)**

**500.000 folgten den Aufrufen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen**

# **Gesucht: ein soziales, solidarisches Reform- programm**

„Gesucht: Eine Partei, die auch die Ackermanns und Essers regiert!“ Der junge Mann, der am Rande der Berliner Demonstration mit diesem Schild stand, erhielt viel Beifall von den zu diesem Zeitpunkt schon etwas müde gewordenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration. Aber so ist das Ritual nun einmal bei allen großen Demonstrationen: Die Veranstalter sind so begeistert über das endlich erfolgreich versammelte Publikum, das ihnen zuhört, dass viel zu viele viel zu lange reden bei der unvermeidlichen Auftaktkundgebung. Die Route der Demonstration selbst ist dann auch viel zu lang, weil alle, die irgendwie bei der Demoplanaung mitzureden haben, die Strecke immer länger machen, damit so viele Anwohner wie irgend möglich von der Demonstra-



tion auch zumindest optisch und akustisch erreicht werden. Und am Ende ist natürlich auch die Schlusskundgebung viel zu lang, viel zu viele Redner wollen auch noch etwas sagen, denen das Publikum deshalb meist nur zu Anfang noch einigermaßen konzentriert zuhört, bevor während der dritten, vierten oder fünften Rede der Abmarsch im Hintergrund schon langsam beginnt.

So war es auch diesmal. In Berlin hat's der Berichterstatter selbst erlebt, in Köln und Stuttgart wird es nicht anders gewesen sein.

Und auch der unvermeidliche „Kampf um die Hegemonie“ fand wie üblich statt – sprich: der Kampf um die Spitze im Demozug. Eigentlich sollte die IG Metall in Berlin ganz vorne gehen, gleich hinter dem Bündnis-Transparent der Veranstal-

ter. Aber dann hatten sich kurz vor dem Abmarsch auf einmal ein paar Studierende schnell nach vorne gedrängelt, gleich neben Sarah Wagenknecht, die offenbar die ganze Zeit darauf gewartet hatte, am ersten Transparent mitgehen zu können. Eine kleine Rangelei lag in der Luft, dann fügten sich die IG Metall-Kollegen von Daimler-Chrysler mit ihrem extra angefertigten Großtransparent und ließen die jungen Akademiker auch Demo-Spitze sein.

Also Großdemos wie immer – wie die Anti-Kriegs-Demos vor und während des Irak-Krieges, wie die großen Demos gegen Kohl zu Beginn und am Ende seiner Amtszeit? Nicht ganz.

Erstens: 500.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – 250.000 in Berlin, 100.000 in Köln und 140.000 in Stuttgart, so die

## **Dokumentiert**

### **„Kein Schulterschluss auf der Basis der Agenda 2010“**

Aus den Reden von Michael Sommer (DGB), Jürgen Peters (IG Metall) und Frank Bsirkse (ver.di)

#### **Michael Sommer:**

... ist dieser 3. April ein klares Signal an die Herrschenden in Parteien und Wirtschaft, dass Schluss sein muss mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet und die die Reichen immer reicher und die das Kapital und seine Manager immer dreister werden lässt ...

Wir protestieren auch dagegen, dass die Politik des Sozialabbaus und der Tatenlosigkeit gegen die Massenarbeitslosigkeit auch darauf zielt, uns die Würde zu nehmen.

Es ist an sich schon würdelos, nicht arbeiten zu dürfen, arbeitslos zu sein. Aber es wird völlig würdelos, wenn mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II in Zukunft 70 Prozent der Langzeitarbeitslosen im Westen und 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen im Osten nichts mehr

oder wesentlich weniger bekommen.

Wir werden diesen Totalabsturz der Arbeitslosenhilfeempfänger nicht akzeptieren.

Und wer immer den Schulterschluss mit den Gewerkschaften und den sozialen Kräften in diesem Land will, der muss wissen, auf dieser Basis wird es keinen Schulterschluss geben.

... es ist höchste Zeit, dass die Sozialdemokraten endlich tun, wofür sie bei den Wählern um die Stimme gebeten haben!

Sozialer Ausgleich, Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Respektierung der Arbeitnehmerrechte und Schutz für die Schwachen in unserer Gesellschaft.

Das haben wir von Rot-grün erwartet. Was haben wir bekommen?

Eine Politik, die zum Beispiel zu verantworten hat, dass jemand, der mit 50 Jahren arbeitslos wird, binnen drei Jahren auf Sozialhilfenebene leben muss und kaum eine Chance hat, je wieder eine Arbeit zu bekommen.

Ebenso unerträglich ist die neue Zumutbarkeitsregelung für Langzeitarbeitslose. Das ist vom Staat gefördertes Lohndumping.

Wer soll denn von ein paar Euro die Stunde leben? Die Familie ernähren und die Miete zahlen? Diese Zumutbarkeitsregelung muss weg.

Dieses Land braucht keine amerikanischen Verhältnisse! Wir wollen nicht in einem Europa leben, in dem man zwei bis drei Jobs braucht, um auch nur einigermaßen über die Runden zu kommen ...

#### **Jürgen Peters:**

... Unsere Botschaft: Es reicht! Wir haben genug von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, von stagnierenden Löhnen und explodierenden Managergehältern. Und wir haben die Nase voll von angeblichen Reformen, die wir bezahlen und die den anderen nutzen! Seit Jahren die gleiche Leier: Es muss erst schlechter werden, damit es besser werden kann! Erst müssen wir durch ein Tal der Tränen, damit die Sonne wieder scheint! So ein Blödsinn. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird Politik nach dieser Melodie gemacht ...

Der Staat kürzt soziale Leistungen und öffentliche Investitionen, um zu sparen. Aber Stagnation und Arbeitslosigkeit reißen immer größere Löcher in die

mit der Polizei abgestimmten Zahlen des DGB; die sich diesmal erfreulicherweise am unteren Rand der möglichen Schätzungen bewegten – sind auch für gewerkschaftliche Großdemonstrationen eine stattliche Zahl. Wie groß die Sorgen auf gewerkschaftlicher Seite waren, ist daran zu erkennen, dass sich alle offiziellen Sprecher bis zum letzten Tag vor den Demos hartnäckig weigerten, irgendwelche Vermutungen über die erhoffte Teilnehmerzahl zu äußern. Obwohl schon Tage vorher reihenweise aus allen Städten und gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen die Meldungen eingelaufen waren, dass die bestellten Busse nicht reichten, immer neue Busse nachbestellt worden waren. Am Ende kamen allein nach Berlin 1.700 Busse – was allein schon 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von außerhalb sicherstellte.

Trotzdem war bis zuletzt keine Zahl, keine Schätzung zu hören. Zu groß saß den Gewerkschaften noch der Schock der fehlgeschlagenen Mobilisierungen im letzten Jahr in den Knochen. 90.000 Teilnehmer bei den bundesweiten Protesten gegen die Agenda 2010 im Frühsommer 2003 – das hatte den gewerkschaftlichen Sprechern überall Hohn und Spott eingebracht.

Die Erleichterung über die gelungene Mobilisierung war deshalb in Berlin bei DGB-Chef Sommer unübersehbar und unüberhörbar. Dem DGB-Chef schien ein riesengroßer Stein vom Herzen gefallen. 500.000 Teilnehmer – das gibt den Gewerkschaften wieder etwas mehr Gewicht im öffentlichen Meinungsstreit. Und Sommer und den vielen anderen SPD-Mitgliedern in den Gewerkschaften

vielleicht auch wieder mehr Gewicht im Streit in der SPD. Nicht viel Gewicht vielleicht, das mag sein. Aber verglichen mit der bodenlosen Verachtung, mit der den Gewerkschaften und ihren Vertretern – gleichgültig ob Basis oder Spalte – das gesamte politische Personal dieser Republik, Abgeordnete, Regierungen, Verbände, Journalisten im vergangenen Jahr begegnet waren, markieren die Demonstrationen eine von vielen erwünschte Korrektur. Seht her, wir sind nicht isoliert. Unsere Mitglieder sind noch da. Sie laufen uns nicht nur in Scharen davon. Viele bleiben und sind bereit zu kämpfen. Das ungefähr ist eine Botschaft der Demonstrationen am 3. April.

Dass diese Botschaft angekommen ist, dafür gibt es viele Anzeichen. Ein Beispiel: der *Berliner Tagesspiegel*. Diese liberale Tageszeitung in der Hauptstadt bringt es seit Jahren fertig, praktisch jede Aktion der Gewerkschaften – insbesondere der Gewerkschaft ver.di, mit der die Redaktion eine Art Privatkrieg auszutragen scheint – in Berlin entweder völlig zu ignorieren oder nur völlig darüber entstellt zu berichten und die jeweilige Aktion, Forderung usw. mit Hohn und Spott zu übergießen. Da können Tausende Gewerkschaftsmitglieder demonstrieren – das Blatt berichtet kein Wort. Aber die neueste Fete mit fünf Party-Sternchen und Bürgermeister Wowereit: dafür gibt's eine halbe Seite. Jetzt, nach den Demos: Ein Riesenfoto auf der ersten Seite, Untertitel: „500.000 gegen Schröders Agenda“. Und auf Seite 3 ein Großbericht, ausnahmsweise sogar mal relativ korrekt, nur mit ein paar boshaften Spitzen. „Die meisten schwenken Fahnen

ihrer Gewerkschaft. Viele tragen almodische Blousonjacken. Viele haben geplatzte Äderchen und diese tiefen Falten im Gesicht, auch am Hals, eingekerbt, fast wie Narben. Da hilft keine Creme. Es sind Gesichter, die man von harter körperlicher Arbeit bekommt und niemals im Büro.“

Schau an, die Damen und Herren Journalisten können noch genau beobachten. Auch die boshafte Spalte in dem Artikel stimmt leider. Dass nämlich die Masse der Teilnehmer/innen zwischen 40 und 60 Jahre alt war. Junge Leute waren vergleichsweise wenig zu sehen. Bei den Anti-Kriegs-Demonstrationen im letzten Jahr war ihr Anteil deutlich höher gewesen.

Das wäre das zweite politische Ergebnis dieser Demonstrationen: Die Gewerkschaften haben ihr klassisches Klientel mobilisiert, die Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation, auch viele Angestellte und nicht wenige Arbeitslose. Das ist gelungen. Mehr aber auch nicht.

Die Isolierung dieses klassischen Gewerkschaftsklientels von anderen sozialen Milieus und die mangelnde Ausstrahlung auf junge Leute ist trotz des gezielt und gegen alle Widerstände – beispielsweise aus den Reihen der IGBCE – hergestellten Bündnisses mit den sogenannten „sozialen Bewegungen“, sprich attac und andere, die eher junge Leute erreichen, auch bei diesen Demonstrationen nicht aufgehoben worden. Die Fremdheit, der fehlende Zugang junger Leute zu den Gewerkschaften und den von ihnen repräsentierten Milieus ist geblieben. Ob zu den prekär Beschäftigten oder

öffentlichen Haushalte. Und in den Kindergärten, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser zieht's durch alle Ritzen und es regnet durch die Decke. Das ist doch Irrsinn. Damit muss Schluss sein. Diese Politik löst keine Probleme, sie verschärft sie. Sie führt Wirtschaft und Gesellschaft nicht aus der Krise heraus, sondern weiter hinein ...

Wir brauchen eine Perspektive für eine solidarische und soziale Zukunft. In Deutschland und Europa! Im Zentrum einer solchen Politik muss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen. Wir brauchen mehr Beschäftigung, wir brauchen mehr Arbeitsplätze!

#### Arbeitsplätze

- mit Einkommen, die zum Leben reichen
- mit Arbeitnehmerrechten
- und mit sozialem Schutz.

Arbeitsplätze, an denen die Menschen ihr Wissen und ihre Kreativität einbringen können.

Ungeschützte Dienstbotenjobs mit Mini-Löhnen, ohne tariflichen und sozialen Schutz und ohne Perspektive sind der falsche Weg.

Wir wollen Arbeit mit Einkommen, mit denen die Menschen auch auskommen.

Wir wollen Arbeit, die die Würde der Menschen achtet.

... wir brauchen eine grundlegende Wende in der Politik – Wir brauchen mehr Beschäftigung, mehr Arbeit. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit. Wir haben Alternativen aufgezeigt. Statt arbeitsplatzvernichtende Arbeitszeitverlängerung wollen wir beschäftigungsfördernde Investitionen. In Kindergärten, Schulen und Universitäten, in Krankenhäusern und dem öffentlichen Nahverkehr. Das setzt an den wirklichen Bedarfen der Menschen an, das schafft Arbeitsplätze und steigert den Lebensstandard. Das sind Investitionen in die Zukunft.

Wir brauchen eine bildungspolitische Initiative. Die PISA-Studie hat gezeigt: In der Bildungspolitik ist längst die Klassenspalzung vergangener Jahre zurückgekehrt. In keinem hochentwickelten Land hängen Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. ...

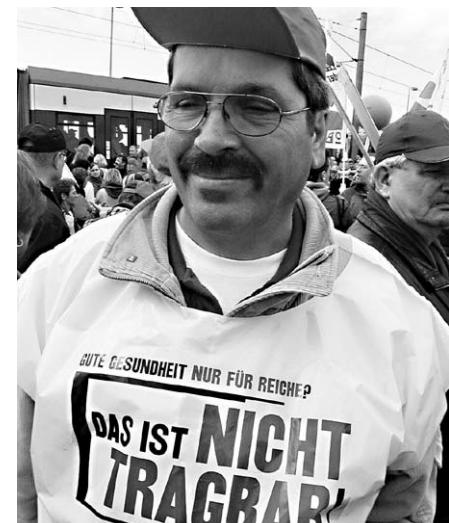
... Wir haben Vorschläge gemacht. Wieder und wieder.

Wir haben JA gesagt zu einer solidarischen Gesundheitsreform.

Einer Reform, die die Wirtschaftlichkeitsreserven im System erschließt und die Qualität der Gesundheitsversorgung verbessert.

Einer Reform, die den Konflikt mit den Ärzte- und Pharmakartellen wagt, um die Leistungen für Versicherte und Kranke zu verbessern.

Wir wollen eine Erwerbstätigenversi-



zu Leuten mit akademischer Qualifikation und entsprechenden Jobs – an den Rändern der Gewerkschaften, an den Rändern der sogenannten „Normalarbeit“, bröckelt es weiter.

Das dritte Ergebnis: Die tiefe Kluft zwischen den Gewerkschaften und der Politik des Kabinetts Schröder ist nach diesen Demonstrationen unüberbrückbar denn je. Sommers aufgewühlter Aufschrei, auf der Basis der Agenda 2010 könne es keinen Schulterschluss mit den Gewerkschaften geben, hat das in Berlin noch einmal deutlich gemacht. Die Regierung gibt sich davon zwar unbeeindruckt. Aber das ist nur Show. Die Massenaustritte aus der SPD halten an, ihre Wahlprognosen bleiben im Keller. Spätestens wenn die NRW-Kommunalwahlen im Herbst dieses Jahres verloren sind – und nichts deutet derzeit auf ein anderes Ergebnis für die SPD hin –, wird der Countdown der rot-grünen Regierung beginnen. In Berlin ist die Situation nicht anders: Kaum jemand gibt hier der rot-roten Regierung aus SPD und PDS im Augenblick eine zweite Amtszeit. Schwarz-Grün scheint auch hier die kommende Option zu sein. CDU und Grüne blinzeln sich in der Hauptstadt schon bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit dermaßen über den Tisch zu, dass nur politisch mit absichtlicher Blindheit Geschlagene das übersehen können. Altes und neues Eigentum suchen sich zielstrebig. Zu befürchten ist: Sie werden sich auch finden.

Auf die große Frage, wie eine soziale, solidarische Reformpolitik im Interesse von abhängig Beschäftigten, von schwer arbeitenden Menschen, in einer imperia-



listischen Metropolengesellschaft wie der bundesdeutschen heutzutage aussehen kann, und vor allem: wie ein solches Reformbündnis auch parlamentarisch erfolgreich sein könnte, auf diese Frage haben die Demonstrationen vom 3. April auch keine Antwort gegeben. Das war mehr ein Aufschrei: „Wir sind noch da!“, mehr ein Protest gegen das politische Verstummen ganzer sozialer Milieus.

Das Projekt einer angeblich neuen Linkspartei (sieht man einmal von den seit Jahrzehnten gleichen trotzkistischen Parteiaufbauplänen ab, geht es den meisten Initiatoren dabei wohl eher um eine

linksliberale Honoriorenpartei) hilft den Gewerkschaften dabei auch nicht weiter. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften stehen statt dessen vor der Aufgabe, ihre eigene, berechtigte Kritik an der rot-grünen Regierung und der schwarz-gelben Opposition nun in praktisch-politische Forderungen, in Forderungen nach Gesetzen, positiv zu wenden. Für die Gewerkschaften ist das kein leichtes Geschäft, zumal aus den Parteien dabei kaum Hilfe kommt. Deshalb suchen die Gewerkschaften nun umso mehr den Dialog mit anderen sozialen Bewegungen. Aber das Risiko bleibt. Denn die Wendung ins Konstruktive enthält immer auch die Gefahr des Krachs in den eigenen Reihen.

Trotzdem führt wohl kein Weg daran vorbei. Bürgerversicherung, Mindeststandards, Mindestsicherungen, ein neues Sozialstaatsmodell – diesen komplizierten Fragen müssen sich die Gewerkschaften nun ziemlich allein stellen und am Ende eines Diskussionsprozesses Positionen formulieren, die nicht nur von ihren eigenen Mitgliedern getragen werden, sozusagen „den eigenen Laden zusammen halten“, sondern die auch von anderen aufgegriffen und unterstützt werden können und natürlich sollen. Das ist keine leichte Aufgabe. Aber nach den Demonstrationen vom 3. April geht es nicht anders. Zumal die Politik sich nicht ändern wird. Bis Jahresende müssen die gewerkschaftlichen Gegenpositionen auf dem Tisch liegen. Denn ab 2006 wird vieles anders sein in dieser Republik.

*rül*  
Bilder: Arbeiterfotografie (S. 3, 4), edb (5)

cherung. Eine Sozialversicherung, in der alle versichert sind. Und in die alle entsprechend ihrer wirtschaftlichen Kraft einzahlen. In der alle füreinander einstehen. Die Jungen für die Alten, die Reichen für die Armen, die Gesunden für die Kranken. Das ist machbar. Das ist gerecht, und das ist zumutbar. ...

#### Frank Bsirske:

... Von Seiten der Arbeitgeber- und Industrieverbände kommt das immer dreister, offener und aggressiver daher und CDU, CSU zieht mit, mit einer eigenen Agenda:

- einen Betriebsrat zu wählen, soll wieder schwerer werden
- Langzeitarbeitslose sollen unter Tarif arbeiten
- Leiharbeitnehmerinnen sollen erst nach einem Jahr das Recht auf gleiche Bezahlung haben
- Arbeitslose sollen im ersten Monat erst mal 25 Prozent weniger Arbeitslosengeld kriegen.

So sieht sie aus, die schwarze Agenda. ...

Deutschland hat heute die zweitniedrigste Steuerquote aller Industriestaaten

ten, aber der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen ist 25 Jahre lang fortgesetzt gestiegen, während sich der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuer von 25 auf 14 Prozent mehr als halbiert hat. Die fehlenden 15 Prozentpunkte entsprechen gegenwärtig über 70 Milliarden Euro jährlich. Das ist Geld, das fehlt, um in der Krise gegenzusteuern, Geld, das fehlt für die Bewältigung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben ...

... treten wir dafür ein, die Richtung zu ändern. Nötig ist

- die Sicherung auskömmlicher Mindestniveaus bei Lohn und Rente
- die Ausweitung öffentlicher Investitionen, vor allem im Bildung und Kinderbetreuung
- die Diskussion über eine Bürgerversicherung
- eine stärkere Heranziehung des großen Geldes zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben.

... Eine Bewegung, die für ebenso klare wie eindringliche Forderungen eintritt:

Erstens: Arbeit darf nicht arm machen. Der Lohn für Vollzeitarbeit muss zum Leben reichen. Für die Kollegin bei Schle-

cker genauso wie bei dem Mann im Bewachungsdienst oder beim Daimler. Deswegen diskutieren wir, wie wir verbindliche Mindestlöhne durchsetzen können und bekämpfen die vom Bundestag beschlossene Zumutbarkeitsregelung.

Zweitens: Die gesetzliche Rente muss auskömmlich sein.

Drittens: Wir treten ein für ein Bildungssystem ohne Klassenschränken, das unseren Kindern eine gute Bildung ermöglicht und lebenslanges Lernen fördert.

Und schließlich viertens: Starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache Schultern.

Der Mensch und nicht das Projekt muss im Mittelpunkt stehen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen für sich und für einander Verantwortung übernehmen.

Wir halten daran fest, dass es eine staatliche und gesellschaftliche Verantwortung dafür gibt, Märkte zu regulieren, Ausgrenzungen zu verhindern, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern und damit den Menschen selbstverantwortliche Entfaltungsmöglichkeiten zu erschließen ...

# Eindämmungspolitik gegenüber Russland

## Die Osterweiterung von Nato ...

Am 1. April wurden die drei baltischen Staaten, Slowenien, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Nato. Diese zweite Osterweiterung des Militärbündnisses hat in Russland ernste Besorgnis und scharfe Kritik hervorgerufen. Wenn die Nato an ihrer offensiven militärischen Doktrin festhalte, so Verteidigungsminister Iwanow, müsste man die eigenen „militärischen Planungen und Prinzipien, darunter die nukleare Komponente“, überdenken. Außerdem forderte Russland die baltischen Staaten und Slowenien auf, dem Vertrag über konventionelle Sicherheit (KSE) beizutreten, der in seiner ersten Fassung Rüstungsobergrenzen für Nato und Warschauer Vertrag festgelegt hatte.<sup>1</sup>

Im Norden ist die Nato an die russische Grenze vorgerückt. In Litauen wird eine Luftraumüberwachung aufgebaut, in Lettland starten jetzt vier mal täglich AWACS-Flugzeuge. Von Estland aus kann ein Flugzeug in wenigen Minuten St. Petersburg erreichen. Die Nato hat ihre Präsenz im Ostseeraum erheblich ausgeweitet und die russische Exklave Kaliningrad vollständig eingeschlossen.

Im Südosten entsteht mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens<sup>2</sup> eine Landbrücke bis zur Türkei. Das Nato-Territorium reicht nunmehr von der Nordsee bis ans Schwarze Meer. Dadurch gewinnt die Türkei mit ihrer Grenzen zu Iran und Irak im Aufmarschplan der Nato gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten weiter an Bedeutung.<sup>3</sup> Doch die Türkei ist nicht nur Brückenkopf für die Expansion der Westmächte in diese Region. Seit ihrem Beitritt zur Nato 1952 kamen der Türkei die Aufgaben eines Frontstaates gegen die Sowjetunion zu. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde in der Diskussion über die weitere Entwicklung der Nato die Frage aufgeworfen, welchen Beitrag die Türkei wie dazu leisten könnte, neue Beziehungen zu den Turkvölkern – immerhin 160 Mio. Menschen – zu entwickeln und Russland von seinen Nachbarn im Süden zu isolieren. Mit Misstrauen verfolgt man deshalb in Russland die Aktivitäten der Türkei in den Turkrepubliken der GUS und der Russländischen Föderation. Die Türkei hat mit allen von ihnen die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgebaut und durch Verträge abgesichert und ist auf allen diesen Gebieten erfolgreich präsent.<sup>4</sup> Die jüngste Nato-Osterweiterung verschärft deshalb auch die ohnehin äußerst komplizierte Konfliktsituation in der östlichen und wegen ihres Ölreichtums für die Westmächte höchst interessanten Region Kaukasus/ Zentralasien.

Die Ostexpansion der Nato soll jedoch

damit nicht beendet sein. Mazedonien, Kroatien und Albanien haben bereits den Kandidatenstatus und werden voraussichtlich in zwei Jahren Mitglied. Da Bosnien und die südserbische Provinz Kosovo de facto Nato-Protektorat sind, ist Serbien vollständig durch Nato-Territorium umschlossen. Darüber hinaus ist die Frage der Nato-Mitgliedschaft aufgeworfen für die Ukraine und Georgien, auch andere frühere Sowjetrepubliken wie Aserbaidschan streben die Nato-Mitgliedschaft an. Die USA verfügen inzwischen über Militärstützpunkte in Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan und über Militärausbilder in Georgien.

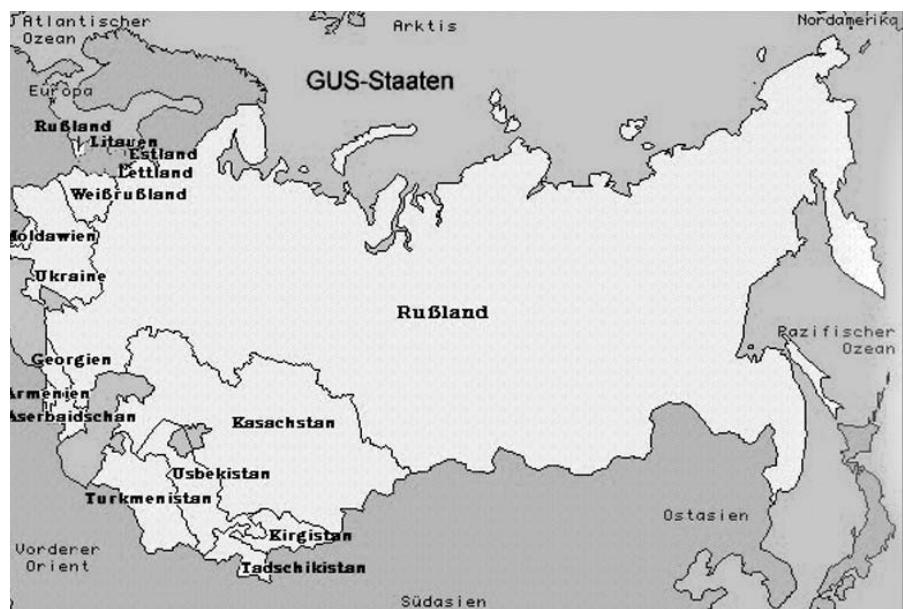
Während es eine Zeitlang schien, als würde der „Anti-Terror-Kampf“ den Konflikt zwischen den Westmächten und Russland in den Hintergrund drängen und Russland werde zum „strategischen Partner“ avancieren, macht die Osterweiterung schlagartig deutlich, dass die Westmächte die Zeit genutzt haben, um

punkten zur Verringerung seiner Möglichkeiten zum geopolitischen Manöver durchgeführt.<sup>5</sup>

## ... und EU

Mit der Osterweiterung zum 1. Mai 2004 rückt auch die EU an die russische Grenze vor. In den vergangenen Jahren hatte sich die EU mit Russland auf eine Reihe von politischen Erklärungen zu gemeinsamen Zielen geeinigt. Zu nennen ist hier vor allem, dass man im Mai 2003 vereinbarte, als strategische Zielsetzung für die Beziehungen vier so genannte „gemeinsame Räume“ zu errichten, in den Bereichen Wirtschaft, Freiheit, Sicherheit, Justiz, äußere Sicherheit und Wissenschaft, Bildung, Kultur.<sup>6</sup>

Russland selbst ist für die EU-Mitgliedstaaten, darunter besonders Deutschland, von wachsendem wirtschaftlichen Interesse. Umgekehrt hat auch Russland Interesse daran, die wirtschaftlichen Beziehungen gerade zur EU zur Modernisierung des riesigen Landes



die Einkreisung Russlands voranzubringen. Jetzt verschärft sich auch wieder das Klima. Der Auswärtige Ausschuss des US-Kongresses verabschiedete jüngst die Resolution 336, in der der Präsident aufgefordert wurde, Russland aus den G8 auszuschließen. Die USA und auch die EU legen dem russischen WTO-Beitritt Steine in den Weg, der Tonfall auf internationalen Konferenzen wird rauer usw. General Iwaschow, bis vor kurzem im russischen Verteidigungsministerium für die internationale militärische Zusammenarbeit zuständig, klagt: „Gegenüber Russland wird die Strategie der Herabsetzung seiner Rolle in den internationalen Beziehungen, des Verdrängens aus dem postsowjetischen Raum und der Umgebung mit Militärstütz-

zu nutzen. Viele haben noch das Bild eines instabilen, wirtschaftlich schwachen Staates vor Augen, das Russland in den 90er Jahren geboten hat. Doch das gehört der Vergangenheit an. Die russische Wirtschaft zählt seit Ende der 90er Jahre zu den am schnellsten wachsenden der Welt, mit Wachstumsraten von durchschnittlich 6,5% seit 1999.<sup>7</sup> Im Vergleich zu den 90er Jahren hat sich Russland stabilisiert, es ist auf westliche Kredite nicht mehr angewiesen. Seit 2002 ist Russland der fünftgrößte Handelspartner der EU, umgekehrt die EU der bei weitem wichtigste Handelspartner Russlands. Nach der Erweiterung wird der EU-Anteil am russischen Gesamthandel von jetzt 37 auf über 50% ansteigen.“

Aber die Beziehungen zwischen der

EU und Russland verschlechtern sich gegenwärtig ebenfalls deutlich. Hauptursache ist die EU-Osterweiterung und die damit verbundene EU-Strategie gegenüber Russland. Die führt dazu, dass „russische Politiker in der EU-Osterweiterung eine größere Herausforderung für ihr Land (sehen) als in der Nato-Osterweiterung“.<sup>8</sup>

Mit dem Strategiepapier „Größeres Europa/Nachbarschaft“, im März 2003 vorgelegt, schlug die EU-Kommission eine stufenweise Verdichtung der Beziehungen vor, nach Ländern differenziert und abhängig vom Grad der Verwirklichung der geforderten Reformen. Diese so genannte „Nachbarschaftsstrategie“ sieht nicht einfach die Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu gegenseitigem Vorteil zwischen der EU und dem jeweiligen Nachbarland vor, sondern die Ausweitung des Einflussgebietes und die Änderung von Kräfteverhältnissen speziell im europäischen Teil der GUS-Staaten. Sie gipfelt in der Ausarbeitung konkreter „Aktionspläne“ für jedes Land an den EU-Grenzen, und ihre Grundlage ist ausdrücklich die Differenzierung zwischen den Ländern.<sup>9</sup>

Nun hat Russland in den letzten Jahren, im Zusammenhang des wirtschaftlichen Aufschwungs, erhebliche Anstrengungen zur Reintegration auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion unternommen. Unter anderem wurde der „Gemeinsame Wirtschaftsraum“ zwischen Russland, der Ukraine, Kasachstan und Weißrussland gegründet. Die Politik der EU, die Ukraine und andere eng an die EU anzubinden<sup>10</sup>, prallt hart mit den Interessen Russlands zusammen. Russland muss um so mehr beunruhigt sein, als die „Nachbarschaftsstrategie“ eine militärische Seite hat, die in der Aufstellung der EU-Eingreiftruppe sichtbaren Ausdruck findet. Die Ukraine wird eng in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einbezogen.<sup>11</sup> Der Konflikt spitzt sich vor allem in Moldova zu: Ursprünglich hatte Russland sich verpflichtet, seine Truppen aus der Konfliktregion Transnistrien bis Anfang diesen Jahres abzuziehen. Die EU will dort selbst Truppen stationieren. Angesichts dessen weigerte sich Russland, die Truppen abzuziehen, und versuchte außerdem, mit einem Konföderationsplan der EU Paroli zu bieten. Massive Drohungen der EU und der USA haben diesen Plan gestoppt.

Aber auch die Auswirkungen der Osterweiterung auf die Beziehungen zwischen Russland und den ehemaligen RGW-Mitgliedstaaten in Osteuropa sorgen für ernste Auseinandersetzungen. 1994 hatte die EU mit Russland ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Russland will verhindern, dass das Abkommen automatisch auf die neuen EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet wird, da dies zu großen Einbußen im russischen Handel mit den ost-

europäischen Ländern führt. Mit einem 14-Punkte-Papier fordert Moskau Kompensationen.

Die Politik der EU gegenüber Russland ist also zum einen darauf gerichtet, Russland vor allem im europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion als wirtschaftlich, politisch und militärisch dominierende Macht abzulösen. Zum anderen verlangt die EU, dass Russland die EU-Normen und Standards zu übernehmen habe, ohne es als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren. Alexander Rahr beschreibt das in seinen Artikel in der „Internationalen Politik“<sup>8</sup> so: „Russland akzeptiert kein Europa ausschließlich auf der Grundlage der EU. Es fordert Mitspracherecht bei der Gestaltung der Zukunft des gesamteuropäischen Kontinents ... Während ein Land wie die Türkei Ähnliches möchte, gleichzeitig aber bereit ist, den westlichen Wertekanon zu akzeptieren, sieht sich Russland schon als festen Bestandteil Europas – mit einem eigenen traditionellen Wertesystem. Plötzlich prallen im Zuge der EU-Osterweiterung geopolitische Ambitionen, zwei verschiedene Kulturen und wirtschaftliche Interessen hart aufeinander.“

Die im Zuge der EU-Osterweiterung verfolgte Strategie gegenüber Russland treibt die EU immer weiter auf den Kurs der Militarisierung und dazu, die EU-Ostgrenzen (wie zunehmend auch die Südost- und Südgrenzen) als Front zu verstehen – eine Front von letztlich mehreren tausend Kilometern. *sec*

- 1 Neues Deutschland, 29.3.
- 2 Die Mitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens sei außerdem für die „Vorwärtsstationierung amerikanischer Truppen von hohem Interesse“, schrieb die FAZ am 30.3.
- 3 Siehe dazu Politische Berichte Nr. 3, 4 und 6 2004.
- 4 Siehe Prof. Dr. Werner Gumpel, Russland, der Nahe Osten und Afghanistan, in: Zeit-Fragen 34, 15.9.03.
- 5 Zitiert nach: Dimitrij Danilow, Der Bär reicht die Tatze, in: Rheinischer Merkur, 11.3.04.
- 6 Siehe dazu: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Beziehungen zur Russischen Föderation, COM (04) 106 09/02/04
- 7 Doch fußt die wirtschaftliche Entwicklung und die Konsolidierung der Staatsfinanzen wesentlich auf den hohen Weltmarktpreisen für Öl und Gas, Rohstoffe, die Russland in hohem Ausmaß exportiert. Ein Zusammenbruch der Preise könnte für die russische Wirtschaft katastrophale Folgen haben.
- 8 Alexander Rahr, Der Kalte Frieden, Internationale Politik, März 2004
- 9 Verantwortlich für ihre Ausarbeitung und Durchführung ist eine „Task Force Größeres Europa“ unter dem Vorsitz von EU-Kommisar Verheugen.
- 10 Die Ukraine und Moldova streben über die Zwischenstufe der Assoziation die Vollmitgliedschaft in der EU an. Konkret ist ihnen allerdings keine Beitrittsperspektive innerhalb der nächsten zehn Jahre in Aussicht gestellt. Die jeweiligen „Aktionspläne“ wirken aber als Peitsche, die von der EU geforderten Reformen durchzuführen.
- 11 So gibt es ein polnisch-ukrainisches Bataillon, das als „Leuchtturmprojekt“ gilt.

## **Beobachtungen aus den kurdischen Gebieten**

# **Kommunalwahlen in der Türkei**

Am 28. März fanden die Kommunalwahlen in der Türkei statt. Zu wählen waren BürgermeisterInnen, Dorfvorsteher und Gemeindevertretungen. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen in nur einem Wahlgang erhält; eine Stichwahl gibt es nicht. So wurden manche Ämter mit weniger als 30% der Stimmen gewonnen. Die Kompetenzen der Kommunen sind in der zentralistischen Türkei sehr gering. Sie sind zuständig für Straßenbau, Grünanlagen, Wasser und Abwasser, Müllabfuhr. Der von Ankara eingesetzte Provinzgouverneur (Vali) entscheidet allein in den Bereichen Bildung, Polizei, Gesundheitswesen, Inneres.

Nach dem Parteiengesetz ist es bei Strafe verboten, eine andere als die türkische Sprache in Wort und Schrift zu verwenden. Das gilt auch für kulturelle Veranstaltungen. Dieses Verbot ist vor allem im Osten der kurdischen Gebiete ein Problem, wo die überwiegende Mehrheit nur kurdisch spricht.

Unter dem Mantel SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) trat ein Linksbündnis aus sechs Parteien an, von denen die prokurdische Partei DEHAP die weitesten stärkste war. Die wichtigsten Wahlfordernisse: Umfassende Demokratisierung der Türkei, demokratische Lösung des Kurdenproblems, Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte und -gesetze. Gleichberechtigung, solidarisches Zusammenleben aller ethnischen Gruppen, Gebrauch und Lehre der kurdischen Sprache, Amnestie für alle politischen Gefangenen, gegen Korruption, Privatisierungen und Sozialabbau.

Die Vorgängerpartei HADEP – 2002 verboten – konnte bei den letzten Wahlen 37 BürgermeisterInnenämter besetzen – selbstverständlich in den kurdischen Gebieten. Da der Generalstaatsanwalt ein Verbotsverfahren nun auch gegen DEHAP eingeleitet hatte, weil sie der „politische Arm“ der PKK sei, kandidierten ihre KandidatInnen auf der SHP-Liste.

Anders als in den Jahren zuvor und in der Türkei üblich, wurden die KandidatInnen des Bündnisses diesmal nicht durch die Parteileitungen bestimmt, sondern durch Vorwahlen, an denen Mitglieder und SympathisantInnen teilnahmen – in Diyarbakir über 30 000! Dort wurde der bisherige DEHAP-Bürgermeister, Feridun Celik, nicht mehr nominiert, weil er „sich von der Basis entfernt“ hätte. Kandidat wurde der ehemalige Vorsit-



**Wahlbüro der SHP in Kiziltepe, einer der Hochburgen der kurdischen Nationalbewegung. Hier wurde die DE-HAP-Kandidatin, Cihan Sincar, als Kandidatin des linken Wahlbündnisses in ihrer bisherigen Arbeit als Bürgermeisterin bestätigt.**

zende des Menschenrechtsvereins, Osman Baydemir. Bei den Wahlen erhielt er über 60% der Stimmen.

Das Wahlergebnis hat zwei Seiten: Einerseits Enttäuschung, weil Städte wie Van und Urfa verloren wurden und das landesweite Ergebnis bei den Parlamentswahlen von 2002 nicht erreicht wurde, andererseits gewann HADEP neue Städte hinzu: Sirnak, Cizre, Hakkari, Tunceli (Dersim). Die Freude über den Sieg einer Gewerkschafterin in Dersim war besonders groß, da Dersim einen hohen Symbolwert im kurdischen Widerstand hat und bis heute unter Militärkontrolle steht, obwohl der Ausnahmezustand seit zwei Jahren aufgehoben ist – auf dem Papier für die EU. Die Wahlanalysen sind noch nicht abschließend diskutiert. Wahlbündnisse stehen nicht zur Disposition.

Ich bin in einem Dorf bei Diyarbakir – eigentlich 1148 Wahlberechtigte. Viele haben die Wahlunterlagen mit der Wahlberechtigung nicht erhalten. „Wir wissen noch nicht die genaue Zahl; aber es sind viele. Bei anderen stimmen die Unterlagen nicht mit dem Wählerverzeichnis überein. Auch die können nicht wählen. Das ist wie früher!“ Dann fährt der DE-HAP-Vorsitzende fort, als ich ihn auf eine lautstarke Auseinandersetzung vor der von Militärs umstellten Schule, dem Wahllokal, fragend hinweise: „Sie wollen verhindern, dass wir gewinnen. Sie haben aus anderen Dörfern bis jetzt über

150 Wähler herangefahren. Wir kennen sie nicht, die haben mit unserem Dorf nichts zu tun. Unsere Anwälte haben protestiert, aber erfolglos, denn sie sind im Wählerverzeichnis aufgeführt.“ Irgendwie war es dem Wahlleiter aus Bitlis gelungen, heimlich das Wählerverzeichnis zu ergänzen.

„Aber das ist nicht unser einziges Problem. Wir sind hier von den Großgrundbesitzern vollkommen abhängig. In der Saison finden unsere Frauen und Kinder Arbeit auf ihren Baumwollfeldern. Die Felder, die wir für uns bewirtschaften, müssen wir von ihnen pachten. Der Sohn des Großgrundbesitzers hat uns vor drei Tagen gedroht, dass wir unsere Felder und Arbeit verlieren, wenn wir falsch wählen. Die Armut ist groß hier – ihr seht es ja. Die AKP kauft Stimmen. Die Familie, die sie wählt, erhält 250 Millionen Lira (156 Euro). Das ist für uns viel Geld.“ Bei dem Besuch in einem von Militärs umstellten Wahllokal stelle ich fest, dass es nicht schwer ist, das Wahlverhalten zu

kontrollieren. Der längliche Wahlzettel wird mit einem angefeuchteten Stempel ausgefüllt. Damit sich der noch feuchte Abdruck nicht kopiert, darf er nur einmal nach außen gefaltet und erst an der Urne in einen Umschlag gesteckt werden. Wer nichts zu verbergen – wer also nicht SHP gewählt hat –, kann/muss somit dem vielköpfigen Wahlvorstand sein Wohlverhalten zeigen. Da viele WählerInnen nicht lesen und schreiben können, wurde ein „parteiloses“ Mitglied des Wahlvorstands vereidigt und füllt den Wahlzettel stellvertretend aus.

„Wer falsch wählt, wird bestraft. Sie haben uns in der Hand. Unsere arbeitslosen Mitglieder haben keine ärztliche Versorgung. Auf Druck der Polizei hat das Gesundheitsamt es abgelehnt, ihnen eine Grünkarte zu geben, mit der sie kostenfreie ärztliche Untersuchung und Behandlung erhalten. Die Medizin müssten sie sowieso selbst bezahlen. Sie behaupten, wir würden die Terroristen unterstützen. Wir lassen uns aber nicht einschüchtern! Wir haben sehr mutige Frauen!“ Später erfahre ich, dass der Wahlsieg nur knapp verfehlt

wurde – trotz der Repressionen.

Insgesamt wurde der Wahlkampf in den kurdischen Gebieten nicht mehr offen so stark be- und verhindert wie zu den Parlamentswahlen 2002. Wohl wurden KandidatInnen öfters von Polizei und Jandarma (Militär des Innenministers) gehindert, Wahlveranstaltungen in ihren Orten durchzuführen. Die Repressionen laufen versteckter – vor allem im ländlichen Raum. Immer wieder hören wir, dass Militärkommandanten und/oder Großgrundbesitzer mit Vertreibungen aus den Dörfern, ihrer Zerstörung, der Vergewaltigung von Frauen und Töchter drohen, wenn falsch gewählt wird. Und diese Drohungen sind ernst zu nehmen. In den kleineren Dörfern stehen häufig Militärs mit der Maschinenpistole im Anschlag neben der Wahlurne. Die Verweigerung von gesetzlich garantierten Sozialleistungen bei „falschem“ Wahlverhalten ist üblich. Die eigentlichen Schweinereien finden bei der Auszahlung und danach statt: In den kurdischen Gebieten zählen in einigen, politisch umkämpften Orten Militärs die Stimmen aus, nachdem die offizielle Wahlleitung aus den Räumen entfernt wurde; woanders verschwanden Wahlurnen und neue tauchten auf.

Die deutschen Medien schweigen wie gleichgeschaltet mit den türkischen Machteliten – weitgehend. Darüber herrscht in den kurdischen Gebieten großes Unverständnis und tiefe Verbitterung.

Christian Arndt, Bilder: kun



**Mit einer Million Teilnehmerinnen und Teilnehmer allein in Diyarbakir gelangten in diesem Jahr die Newroz-Feiern zur größten Manifestation seit Beginn der Bewegung**

## Brüssel: Großdemonstration für Tarifvertrag im Non-Profit-Sektor

„Hier kommt der Non-Profit!“, stand auf dem Fronttransparent der Großdemonstration, die am 1. April durch Brüssel zog: Über 20.000 Beschäftigte aus dem „Non-Profit-Sektor“ – das sind ca. 10% aller dort Beschäftigten – demonstrierten für einen neuen Tarifvertrag. Alle Bereiche des Non-Profit-Sektors waren vertreten: Krankenhäuser, Altenheime, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Pflegeeinrichtungen, Logistische Dienste usw. Die Gewerkschaften fordern u.a. 25.000 neue Arbeitsplätze, Arbeitszeitverkürzung für jeden ab 45, Rentenerhöhung, Recht auf 5 Tage Weiterbildung. Die Löhne im Non-Profit-Sektor liegen durchschnittlich um 10,5% unter denen in anderen Bereichen.

(Quelle und Bild: Indymedia Belgien)



AUSLANDS  
NACHRICHTEN

## Blutiges Wochenende, blutiger Wochenanfang in Irak

Der Widerstand gegen die Besatzung weitet sich aus und wird immer militanter. Zwar sind in der Gegend um Tikrit, der Heimatstadt Saddam Husseins und zunächst eine der Hochburgen des Widerstandes, die Angriffe auf die US-Truppen zurückgegangen. Aber in Falluja und im benachbarten Ramadi im sunnitischen Kernland, seit je schwer zu regieren, ist die Situation für US-Soldaten, ausländische Zivilisten, aber auch viele Irakis, die der „Kollaboration“ mit der Besatzungsmacht bezichtigt werden, äußerst prekär, wie die Umstände der Tötung von vier privaten Sicherheitsleuten in der vergangenen Woche unter Beweis stellten. Inzwischen aber greifen die Auseinandersetzungen auch auf die von Schiiten bewohnten Gebiete über. Am vergangenen Wochenende kamen bei Kämpfen mindestens 59 Menschen ums Leben, überwiegend Irakis, aber auch Soldaten aus den USA und El Salvador. Allein im Bagdader Stadtteil Sadr City wurden am Montag (5.4.) 28 Iraker bei Gefechten mit US-Soldaten getötet und mindestens 90 z.T. schwer verwundet. Im schiitischen Wallfahrtsort Nadja kamen 20 Demonstranten ums Leben, als Soldaten in die aufgebrachte Menge schossen. Auch nach Basra dehnten sich die Spannungen aus. Hier wurde am 5.4. ein Verwaltungsbau besetzt. Ihren Anfang hatten die aktuellen Auseinandersetzungen mit der Verhaftung eines Sprechers des radikalen Schiitenführers Muktada Sadr genommen. Außerdem hatte Militärverwalter Bremer Sadr Zeitung „Al-Hawzeh“ schließen lassen. Verschiedenen Presseberichten zufolge halten die Anhänger

Sadrs die Städte Najaf und Kufa weitgehend unter Kontrolle. Die Besatzer unter spanischer Führung führen Panzerfahrzeuge und Kampfhelikopter heran und befestigen ihre Quartiere. In Mossul im Norden versucht die Besetzungsbehörde durch Absetzung des Gouverneurs der Situation Herr zu werden. Ihm wird vorgeworfen, militante Islamisten unterstützt zu haben. (Quelle: NZZ, ftd)

## Australien: Labourpartei stellt Truppenabzug aus dem Irak in Aussicht

In der zweiten Jahreshälfte wird in Australien die neue Regierung gewählt. Beherrschendes Thema ist inzwischen die Truppenpräsenz im Irak. Die oppositionelle Labourpartei hat angekündigt, im Falle eines Wahlsieges die im Irak stationierten australischen Truppen noch in diesem Jahr zurückbringen zu wollen, allerdings mit der alles relativierenden Einschränkung: wenn die Bedingungen dies zuließen. 850 australische Soldaten sind im Irak stationiert, vor allem bei der Leitung des Flugverkehrs in Bagdad und zum Schutz australischer Diplomaten und „Fachleute“. Die liberal-nationale Regierung hat die Labourpartei daraufhin bezichtigt, der strategischen Allianz mit den USA großen Schaden zuzufügen, ihrerseits aber angedeutet, dass die mit den Aufgaben der Flugverkehrsleitung betrauten Soldaten schon Mitte des Jahres nach Australien zurückkommen könnten, sobald irakisches Personal ausreichend ausgebildet sei. (Quelle: NZZ)

## Israel: kein Friede mit den Palästinensern

Der Parteitag der Regierungspartei Li-

kud hat dem Vorschlag Ariel Sharons zugestimmt, dass die Parteimitglieder über die einseitige Abtrennung der Palästinensergebiete per Referendum entscheiden. Sharon erklärte, dass das Ergebnis des Referendums für ihn verbindlich sei. Anschließend legte Sharon vor einer Wirtschaftskonferenz in Tel Aviv die Hauptpunkte des Trennungsplans dar: „die Definition einer Verteidigungslinie“ zum Schutze Israels; die Errichtung eines „physischen Hindernisses, das zum Schutz der israelischen Bürger beiträgt und das Vordringen von Terroristen in die großen Bevölkerungszentren erschwert (der Sicherheitszaun stellt nach wie vor keine endgültige Grenze dar); Rückzug aus Gebieten, die sich in einem zukünftigen endgültigen Abkommen nicht eindeutig unter israelischer Kontrolle befinden werden und die die Quelle für viele Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern sind, wie z.B. der Gazastreifen; und die Sicherung der internationalen Unterstützung, allen voran den Vereinigten Staaten, für den Plan.“ Sharon erklärte vor der Konferenz: „Die Tatsache, dass wir gegenwärtig keinen palästinensischen Verhandlungspartner haben, um ein Abkommen zu unterzeichnen – insbesondere aber unterzeichnete Abkommen umzusetzen –, ist der Grund für den Kurswechsel, den Israel seit kurzem erlebt. Diese Situation stellt eine Kehrtwende in der grundsätzlichen Annahme dar, der die israelischen Regierungen der vergangenen Jahre folgten, und sie verlangt von Israel die Bereitschaft zu etwas komplett Anderem. Mit anderen Worten, Israel muss alleine handeln.“ (Quelle: Botschaft des Staates Israel)

Zusammenstellung: scc

FRANKFURT A.M. Das Verfahren um den Erstickungstod von Aamir Ageeb bei seiner Abschiebung am 28. Mai 1999 in den Händen von drei Beamten des Bundesgrenzschutzes muss vor einem Schwurgericht neu aufgerollt werden. Nach dem Verlauf der Hauptverhandlung gebe es einen hinreichenden Tatverdacht, dass die Anklage nunmehr auf Körperverletzung mit Todesfolge lauten müsse, so das Amtsgericht Frankfurt am Main. Angeklagt war bisher nur fahrlässige Tötung. Die Mindeststrafe bei Körperverletzung mit Todesfolge liegt bei drei Jahren.

PRO ASYL begrüßt, dass das Verfahren mit erheblicher Verzögerung schließlich dort gelandet ist, wo es längst hingehört hätte. Die Staatsanwaltschaft hatte bereits nach Abschluss der Ermittlungen die Möglichkeit, das Verfahren beim Landgericht anhängig zu machen. Aufgedrängt hätte sich dies nicht nur wegen der sich nach den Vorermittlungen durchaus festzustellenden Anhaltspunkte für eine Körperverletzung mit Todesfolge, sondern auch wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Verfahrens. Es hatte bundesweit Aufsehen erregt, eine politische Diskussion um die Anwendung von Zwangsmitteln bei Flugabschiebungen ausgelöst und zu einer Vielzahl organisatorischer Änderungen beim BGS geführt. – Den während der Tage der Hauptverhandlung eher gut gelaunten Angeklagten entgleisten jedenfalls zum ersten und einzigen Mal die Gesichtszüge, als das Amtsgericht die Überweisung an das Landgericht verkündete. Ein Satz des Bedauerns zum Tode von Ageeb abseits jedes Schuldeingeständnisses steht von ihrer Seite bislang auf jeden Fall aus. PRO ASYL wird das Verfahren vor dem Schwurgericht beobachten. [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

## Antifaschismus strafbar – Nazigegner scheitert im Revisionsverfahren

MÜNCHEN. Antifaschismus bleibt strafbar. So lautet das Fazit im Berufungsverfahren gegen einen Münchner Nazigegner am 30.3.2004. Christiaan B. war vergangenen September zu einer Geldstrafe verurteilt worden, da er während eines Naziaufmarsches kopierte Stadtplänen mit der Marschroute der Nazis an Passanten verteilt hatte. In den Augen der Bayerischen Justiz hatte B. damit zur Blockade der Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung am 30. November 2002 aufgerufen. Anmelder dieser und weiterer Aufmärsche war der mutmaßliche Rechtsterrorist Martin Wiese, der sich demnächst wegen eines geplanten Anschlages auf den Neubau des jüdischen Zentrums vor Gericht verantworten muss.

Auch der Münchner Fraktionschef der Grünen Sigi Benker und der ehemalige Verfolgte des Naziregimes Martin Löwenberg waren vergangen Herbst wegen ihrer Aufforderung, sich den Nazis in den Weg zu stellen, verurteilt worden. Bundesweit hatte die Presse diese Skandalurteile kritisiert. Das Landgericht nutzte die Chance zur Korrektur im Revisionsverfahren nicht.

Obwohl eine als Zeugin geladene Polizeibeamtin nicht bestätigen konnte, dass B. ausdrücklich zu einer Blockade aufgerufen habe, sah das Gericht den Straftatbestand der „öffentlichen Aufforderung zu einer Straftat“ erfüllt. Lediglich das bisherige Strafmaß wurde aus formalen Gründen um 10 Tagessätze auf 20 Tagessätze zu 30 Euro verringert. Der Staatsanwalt hatte dagegen sogar für eine Erhöhung auf 50 Tagessätze plädiert.

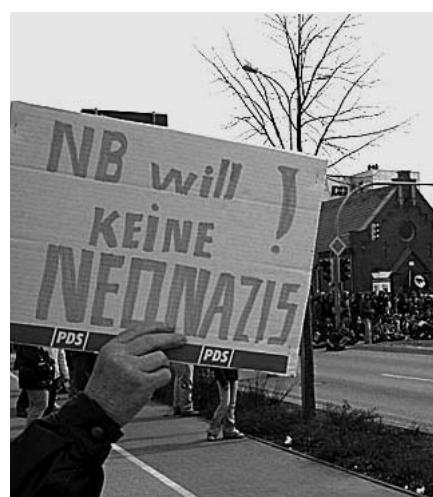
„Mein Vater erzog mich in Ehrfurcht vor den Opfern der Nazidiktatur“, er-

klärte Christiaan B.. Mehrere Familienangehörige waren als Mitglieder des holländischen Widerstands unter dem Nationalsozialismus hingerichtet oder in Sippenhaft genommen worden. B. kündigte an, vor dem Bayerischen Oberlandesgericht erneut in Revision zu gehen.

Erst vor zwei Wochen konnten rund 80 Neonazis unter starkem Polizeischutz ungestört mehrere Stunden durch München marschieren. [Nick Brauns](http://www.indynews.net) [www.indynews.net](http://www.indynews.net)

## Die vier Tore blieben zu – Blockaden gegen Neonaziaufmarsch

NEUBRANDENBURG. Eine ganze Menge Transparente hatten die 370 Neonazis gemalt, die am 3. April in Neubrandenburg gegen die Agenda 2010 und für ihren Wahnsinn des „nationalen Sozialismus“ auf die Straße gingen. Ihr Ziel, die „Hochburg des antideutschen Pöbels“ als „Festung der Linken“ zu knacken, sollte sich allerdings einmal mehr als Wunschtraum herausstellen. Das Geschehen in der



## Todeskampf an Bord der LH 588

Wie Ageeb starb



BRIT SPENCER

Mit einem Motorradhelm auf dem Kopf sitzt Ageeb zwischen zwei BGS-Beamten, die ihn festhalten und nach unten drücken. Ein dritter kniet auf seinem Platz in der Vordereihe und presst Ageebs Oberkörper von oben herunter. Als die drei Beamten den Sudanen nach dem Verlöschen der Anschallzeichen loslassen, hängt Ageeb tot im Sitz. Er ist erstickt – nicht wegen des Helms, sondern weil offenbar zu lang und zu fest zgedrückt wurde.

Stadt der vier Tore wurde wesentlich von Antifaschist/innen bestimmt, den Wunderkessel der Neonazis und ihrer Polizeibegleitung sollte fast niemand wahrnehmen. Das dürfte auch daran gelegen haben, dass die Rechten nicht konnten, wie sie wollten. Die ersten Straßenblockaden gab es bereits, als die Neonazis noch am Bahnhof standen und „Landser“-Liedern lauschten. Immer wieder mussten sie warten, bis die Polizeieinsatzleitung sich eine neue Umleitung ausdachte. Schließlich dann wurde ein großer Teil der Nazi-Route durch Wohnviertel Neubrandenburgs weggekürzt – ein Erfolg für die vielen überwiegend jugendlichen Antifaschist/innen aus Neubrandenburg und McPomm, die die Faschos unentwegt begleiteten, mit Sprüchen und dem Üblichen eindeckten. An die 800 Leute waren es, die auf den Beinen gewesen sind, um an diesem Samstag gegen die Neonazis zu protestieren. [www.links-lang.de](http://www.links-lang.de)

## Antifagruppen fordern würdiges Gedenken an ZwangsarbeiterInnen

ROSTOCK. Am 1. Mai 1945 befreite die Rote Armee 1400 Zwangsarbeiter/innen der Rostocker Neptunwerft. Eine Gedenkstätte an diese Opfer deutscher Politik am Werftdreieck befindet sich in einem erbärmlichen Zustand. Die VVN-BdA hat zur Mauerbesitzerin, der HRI (Hamburg-Rostocker Investitionsgesellschaft), Kontakt aufgenommen, die bei der Instandsetzung der Tafel behilflich sein will und wendet sich nun an die Stadtverwaltung, die die Pflege der Gedenktafel und die Aufbereitung des dazugehörigen Geländes übernehmen soll. Antifaschistische Gruppen, die am 8. Mai eine Demonstration anlässlich des Tages der Befreiung durchführen, unterstützen diese Forderung. „Mit unserer Demon-

stration unterstützen wir diese Forderung. Wir verlangen von der Stadt Rostock ein würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus! Das Schicksal der ZwangsarbeiterInnen in der Neptunwerft und den Heinkel-Werken muss in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sein!“, so Julia Gersten, Sprecherin der Antifa Rostock. „Dazu gehört die Aufnahme der Gedenkstätte in die Denkmalliste der Stadt und eine angemessene Gestaltung des Geländes um die Tafel herum.“ *Aufruf 8. Mai in [www.anarchie.de](http://www.anarchie.de)*

## **Ministerin im Gefängnis – und nun? – ver.di zu Haftbedingungen**

STUTTGART. „Es ist zu begrüßen, wenn die Justizministerin eine Nacht im Justizvollzug verbringt – aber ein bisschen mehr Nähe zur Realität hätte nicht geschadet“. Dies erklärt die zuständige ver.di-Landesfachbereichsleiterin, Renate Knapper, zu der groß angelegten Übernachtungsaktion der bad.-württ. Justizministerin Corina Werwigg-Hertenbeck in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch-Gmünd. „Menschenunwürdige Enge, Überbelegung von Zellen, gestiegerte Aggressivität bei Gefangenen, hohe Belastung der Beschäftigten – den ganz normalen Vollzugsalltag konnte die Ministerin so leider nicht erleben“. Die Überbelegung sei ein fundamentales Problem des Strafvollzugs, aber kein neues und teilweise hausgemacht. Schon seit Anfang der 90er Jahre wachse die Lücke zwischen der Zahl der Gefangenen und der Haftplätze. Gleichzeitig säßen immer noch Menschen nur deswegen in überfüllten Vollzugsanstalten, weil sie eine Geldstrafe nicht bezahlen können und weil es nicht genügend Möglichkeiten gibt, die Strafen „abzuarbeiten“. Dringend notwendig ist deshalb laut ver.di, zusätzliche Haftplätze zu schaffen. Ebenso dringend seien mehr Maßnahmen zur Haftvermeidung wie zum Beispiel der landesweite Ausbau des Programms „Schwitzen statt Sitzen“ und mehr Investitionen in die Bewährungshilfe. „Der Justizvollzug muss insgesamt als hoheitliche Aufgabe erhalten bleiben, um die öffentliche Sicherheit, aber auch, um die Erfüllung des Resozialisierungsauftrags zu gewährleisten“, fordert die ver.di-Zuständige.

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

## **15.000 für Hamburger Volksinitiative „VolXUni – Rettet die Bildung“**

HAMBURG. Knapp 15.000 Unterschriften für die Volksinitiative „VolXUni – Rettet die Bildung“ übergaben Hamburger Studierende dem Senat (10.000 waren nötig). Die Bürgerschaft muss nun Stellung beziehen zum Erhalt der HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik – statt Fusion mit der Uni, zum Verbot von Studiengebühren und Ausbau der Studienplätze sowie zur Demokratisierung der Hochschulen. Die drei Initiatoren können ein Volksbegehren zur Er-

zwingung einer Volksabstimmung durchführen, wenn die Bürgerschaft ihren Forderungen nicht zustimmt. Dann allerdings müssen sich binnen zwei Wochen über 60.000 HamburgerInnen dem Forderungskatalog anschließen.

[www.volxuni.de](http://www.volxuni.de)

## **Schulpersonalversammlung erklärt: „Bildung ist keine Ware“**

BREMEN. Auf der gemeinsamen Personalversammlung der drei Personalräte des Bremischen Bildungsbereichs am 22.3.2004 in der Bremer Stadthalle wurden die Pläne des Bremer Senats, eine Bildungsinfrastruktur-GmbH einzurichten, scharf kritisiert und zurückgewiesen. Unter dem Beifall der anwesenden ca. 2.200 Beschäftigten forderte der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, den Arbeitgeber auf, dem Bildungshaushalt die erforderlichen Mittel zuzuweisen, statt mit haushaltstechnischen Tricks zukünftige Haushalte zu belasten. Der Vorsitzende des Personalrats-Schulen, Rolf Becker, warnte davor, durch Privatisierung von Teilen der Bildung den Rückzug des Staates aus seinen verfassungsgemäßen Aufgaben zu zulassen. „Eine Privatisierung bedeutet die Entdemokratisierung der Bildung“, so Becker. Ralf Trümner, ehemaliger Mitarbeiter der Hans-Böckler-Stiftung, verwies darauf, dass die vom Senat eingeplanten Gewinne der GmbH keineswegs sicher seien. Klar sei nur, dass sie durch Kürzungen im Personalsektor zu realisieren seien – auf dem Rücken der Beschäftigten. „Und für dieses Ziel“, so Trümner, „bedürfe es keiner GmbH“.

Einstimmig verabschiedete die Personalversammlung einen Antrag unter der Überschrift „Bildung ist keine Ware. Wir lassen uns nicht verkaufen!“

Mit einer Demonstration von der Stadthalle zum Bremer Rathaus wurde der verabschiedete Antrag einem Vertreter des Bürgermeisters übergeben. Auf der gleichzeitigen Kundgebung vor dem Rathaus forderten Vertreter der GEW und Ver.di die Rücknahme der Gründungspläne für eine Bildungs-GmbH: „Unsere Bildung muss staatliche Aufgabe bleiben und weiterhin einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Bildung braucht gut ausgebildete und gut bezahlte Fachleute, deren Beschäftigungsverträge tariflich abgesichert bleiben müssen“, das war der einhellige Tenor der Gewerkschaftsvertreter.

[www.gew-hb.de](http://www.gew-hb.de)

## **Schüler/Eltern-Demonstration für den Erhalt der Gesamtschulen**

HANNOVER. Zum 2. Mal zogen Schüler und Eltern am 25.3.2004 vor das niedersächsische Kultusministerium „Gegen den Bildungsklau – Für den Erhalt der Gesamtschulen“. In ihrem Aufruf heißt es: „Die geplante Streichung des Wahlpflichtbereiches 2, des Ganztageszuschlages der Sek. II, der Projekttage und

der Verfügungsstunden stellt einen tiefen Einschnitt in das Konzept der Gesamtschulen dar. Die Gesamtschulen sind gezwungen, hunderte Schülern jährlich abzuweisen, weil keine neuen IGS/KGS gebaut werden dürfen, obwohl sie, der PISA-Studie zufolge, dem dreigliedrigen Schulsystem, einem „Relikt“ aus dem Kaiserreich, pädagogisch und didaktisch überlegen sind.“ Um gegen die geplanten Erlasse vorzugehen, haben im Dezember 2003 die Eltern von 12 Gesamtschulen aus Hannover, Hildesheim, Wolfsburg und Schaumburg über 9.000 Unterschriften dem Kultusminister übergeben, außerdem wurden aus ganz Niedersachsen über 1.500 Eingaben beim Landtag eingereicht. Unbeirrt hiervon sollen die Erlasse zum 1.8.2004 nahezu unverändert in Kraft treten. Die Forderungen der SchülerInnen lauten: „Revidierung der verabschiedeten Organisationerlasse! Einstellung der Diskussion über die noch offenen Erlasse und die Verwerfung dieser! Zulassungen zum Bau neuer Gesamtschulen! Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems! Rücktritt des offensichtlich inkompetenten Kultusministers Busemann!“ *IGS- SVBündnis*

[www.puk.de/aah/aah](http://www.puk.de/aah/aah)

## **Sozialhilfeinitiativen fordern „Ungeiz“ von Elektromarkt Saturn**

RECKLINGHAUSEN. Die Elektromarktkette Saturn war empört über eine Plakatserie, die der Kirchenkreis Recklinghausen herausgegeben hatte. Das Motto der Serie: „Arm sein ist geil“. Der Kirchenkreis wollte damit auf die bevorstehenden Veränderungen zu Lasten einkommensschwacher Gruppen hinweisen. Saturn sieht darin weniger eine gelungene satirische Kampagne gegen den Sozialabbau, sondern vielmehr ein zweckentfremdetes Plagiat des eigenen Werbeslogans „Geiz ist geil“. Sie werde zudem durch das Protestposter unmittelbar mit dem Sozialabbau in Deutschland in Verbindung und damit in Misskredit gebracht, teilte die Firma dem Kirchenkreis mit. Diesem Vorwurf sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, die bundesweite Arbeitslosenzeitung „quer“ und die Wuppertaler Sozialhilfeinitiative „Tacheles“ nun mit einem augenzwinkernden Vorschlag begegnet. In ihrem offenen Brief fordern sie das Unternehmen auf, durch aktives „Sozial Sponsoring“ deutsches Firmenvorbild zu werden. „Sie könnten Ihre Solidarität für diesen Teil Ihrer Kundschaft beweisen und so auch werbeträchtig deutlich machen, dass Sie nichts mit Sozialabbau zu tun haben (wollen).“ Das könne das Unternehmen, indem es Vereine unterstützt, „die dazu beitragen, dass Arme ihre Rechte und die ihnen zustehenden Euro in den Geldbeutel bekommen“.

[www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)

*Zusammenstellung: baf*

## Proteste gegen Nazi-Aufmarsch

# Anwohner setzten laut- stark Zeichen

Hamburg. Pfeifkonzerte und „Nazis Raus!“ Rufe begleiteten den Aufmarsch von 350 Nazis in Hamburg-Winterhude. Das Konzept der Polizei, für die Nazis erneut den gesamten Stadtteil und damit auch die Wehrmachtsausstellung hermetisch abzuriegeln ging diesmal nicht auf.

Mit einer kämpferischen und friedlichen Demonstration hatten bereits am Vormittag knapp 2000 Menschen gegen das öffentlich geduldeten Auftreten von Neonazis protestiert. Die Polizei hatte die antifaschistische Demonstration mit einer Vielzahl von Auflagen überzogen. So wurde penibel die Anzahl der Ordner registriert und jeder zu tief gezogene Schal und das Mitführen von Seitentransparenten mit dem Stopp der gesamten Demo quittiert. Zugleich ignorierte die Polizei alle Vorabsprachen mit den Veranstaltern und begleitete die Demo im geschlossenen Spalier. Es wurde gefilmt und das Filmen selbst noch am Endkundgebungsplatz fortgesetzt, wo sich die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Boden sitzend über die Sonne freuten.

Gegen den Konfrontationskurs blieb selbst die GAL-Bürgerschaftsabgeordneten Antje Möller machtlos, die vergeblich versucht hatte, auf die Polizeiführung deeskalierend einzuwirken. Auch die grünalternative Fraktionschefin Christa Goetsch äußerte Kritik am Verhalten der Polizei. Das *Hamburger Abendblatt* zitiert sie in indirekter Rede: Sie habe „die Wehrmachtsausstellung am Sonnabend besuchen wollen, sei aber zunächst nicht durchgelassen worden“.

So erging es zunächst aber fast allen, die dem in der *taz-hamburg* veröffentlichten Aufruf der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) zum Besuch der Ausstellung folgten. Polizeisprecher Reinhard Fallak erklärte, warum der im Vorfeld zugesicherte Shuttle-Dienst bereits um 9.45 Uhr wieder eingestellt wurde, wie folgt: „Leider haben auch potentielle Gewalttäter versucht, in das abgesperrte Gebiet einzudringen. Deshalb wurde sorgfältig kontrolliert. Dabei war leider nicht ausschließen, dass Bürger, bei denen nicht eindeutig klar war, dass sie nur die Ausstellung besuchen wollten, nicht durchkamen.“

Fallak vereinigt hier mit einer unverschämten Selbstverständlichkeit den



polizeilichen Auftrag, der neben allen möglichen Sicherheitsaspekten eben auch die Ermöglichung des freien Zugangs zur Ausstellung für „potenziell alle Besucherinnen und Besucher“ beinhaltete. Man stelle sich nur einmal vor, dass im Zuge einer Demonstration von Lumpen und Habenichtsen und in Folge einer polizeilichen Gefahrenprognose der Einfachheit halber ein Empfang der Schönen und Reichen einfach dicht gemacht würde!?

Trotzdem ging das Polizeikonzept, den gesamten Stadtteil wie am 31. Januar weitläufig abzusperren diesmal nicht auf. Hatten zu Jahresbeginn vornehmlich Antifaschisten „von außerhalb“ das Bild bestimmt, plakatierten und agierten diesmal die Bewohnerinnen und Bewohner selbst: „Während es am 31. Januar erst totenstill auf den Straßen war und die wenigen Anwohnerinnen sich kaum gegen das Nazigeschrei wehren konnten, war jetzt mehr los, und gemeinsam konnten wir das Ohnmachtgefühl aufbrechen“, meinte die Initiatorin der Stadtteilinitiative.

Im Verlauf des Tages gelang es schließlich noch vielen Antifaschisten, irgendwie einzusickern, sodass dem mit mehrstündiger Verspätung auftauchenden Nazipöbel zumindest lautstark Paroli geboten werden konnte. An vielen Fenstern hingen Plakate, auf einem Balkon spielte eine Sambagruppe und wiederholt musste die Polizei blockierende Gegendemonstranten von der Fahrbahn räumen. 4400 Polizeibeamte, sechzehn Was-



serwerfer und diverse Bürgerkriegspanzer sicherten den Gespensterzug durch die Jarresstadt – wobei wenigstens die Wasserwerfer- und Schlagstockeinsätze diesmal ausblieben.

Noch am 31. Januar trat Thomas Wulf (Freie Nationalisten) als Organisator der Nazidemo auf. Diesmal war es Christian Worch für des „Nationale und soziale Aktionsbündnis Norddeutschlands“ (NSAN), der im Gespann mit dem Faschistenanwalt Jürgen Rieger auflief. Worch und Wulf repräsentieren zwei rivalisierende Lager des militärischen Neofaschismus: Während Wulff versucht, durch eine Unzahl von Kleindemonstrationen (letztes Jahr 34) einen Gewöhnungseffekt

in der Bevölkerung zu schaffen, behauptet Worch, die „Kameraden würden dadurch verheizt“, und bevorzugt wenige und gut organisierte Großaufmärsche.

Die spärliche Teilnahme von weniger als der Hälfte der angemeldeten eintausend Nazis dürfte die ohnehin angegriffene Position Worchs weiter untergraben, zumal alle in den vergangenen Wochen verübten Aktionen gegen die Ausstellung (Stinkbombenanschlag, Störung von Veranstaltungen sowie faschistische Straßen-

aktionen in Bergedorf, Wandsbek und der Innenstadt) allesamt vom Norddeutschen Aktionsbüro um Thomas Wulff zu verantworten sind.

Erwartungsgemäß verstieß auch der zweite Naziaufmarsch innerhalb von acht Wochen gegen eine Vielzahl rechtlicher und polizeilicher Bestimmungen, ohne dafür belangt zu werden. Ununterbrochen wurde „Ruhm und Ehre der Wehrmacht“ skandiert, eine unverkennbare Analogie zu „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, dessen Verwendung explizit per Auflage verboten war. Die *Frankfurter Rundschau* zitiert Jürgen Rieger mit den Worten: „In den 50ern hätte man die Ausstellung kurz und klein geschlagen, und Reemtsma wäre am nächsten Baum aufgehängt worden“. Schließlich schloss der Abschlussredner Michael Burkhard sein Gebrüll mit den Worten „Heil dem Nationalen Widerstand“. „Danach erklang aus fast vierhundert Kehlen die deutsche Nationalhymne in allen drei Strophen (Anm.: verbotenes Symbol) bevor die Veranstaltung“, laut Worch „endet wurde.“

Auf diese Weise verherrlichen die Faschisten den nationalsozialistischen Völkermord und „glorifizieren und verharmlosen die Wiederbelegung der nationalsozialistischen Regierung, ihre Organisationen sowie verbotener Parteien und Vereine einschließlich deren Ersatz- oder Nachfolgeorganisationen“ (strafbar nach § 130 Abs. 3 Stgb). Sie bedrohten Jan-Philip Reemtsma und alle überlebenden Opfer durch Statements wie: „Deutschlands Jugend ist angetreten, um die Ehre unserer Soldaten zu schützen und die Lügen der Reemtsma-Clique (...) zu durchbrechen. Wer mit dieser Lüge lebt, muss die Wahrheit fürchten! In diesem Sinne soll dem Deutschenhasser Reemtsma während der letzten Station in Hamburg das Fürchten gelehrt werden!“

Trotzdem sahen die Hamburger Behörden keinen Grund einzutreten, und die VVN unterlag mit ihren Argumenten auch auf dem Rechtsweg. Erst widersprach das Oberverwaltungsgericht dem Eilantrag auf Verbot des Aufzuges per



# Angreifbare Traditionspflege

## Antifaschistische Pfingstaktion in Mittenwald in Vorbereitung

Der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA rufen alle AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen zur Teilnahme an den geplanten Protestveranstaltungen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger auf. „Zu Pfingsten, am 29. und 30. Mai 04 wollen wir erneut dazu beitragen, dass dieses Soldatentreffen nicht ungehört über die Bühne gehen kann. VeranstalterInnen sind der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA“

### Samstag, den 29. Mai 2004

**11 Uhr** Demonstration ab Bahnhof durch Mittenwald

**15 Uhr bis 18 Uhr** Veranstaltung mit Beiträgen zu den NS-Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland Angefragt sind u.a. Manolis Glezos (Athen), Vertreter aus Lingiades (Griechenland) Vercors (Frankreich)

### Sonntag, den 30. Mai 2004

**ab 9 Uhr** Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten

#### **Bestrafung der Kriegsverbrecher**

#### **Entschädigung aller NS-Opfer**

#### **Für die Auflösung der Bundeswehr**

Zur Mobilisierung gibt es Plakate und den Aufruf. Wir bieten auch ReferentInnen für Mobilisierungsveranstaltungen mit Filmchen und historischen Hintergrundinformationen an. Außerdem fährt von Wuppertal und von Bremen (?) auch wieder ein Bus. Meldet euch schnell an bei [angreifbare.tradition@freenet.de](mailto:angreifbare.tradition@freenet.de)

**Infos unter:** [www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald/](http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald/); [www.nrw.vvn-bda.de/](http://www.nrw.vvn-bda.de/)

**Kontakt:** [angreifbare.tradition@freenet.de](mailto:angreifbare.tradition@freenet.de)

**Spendenkonto:** Freie Medien „Traditionspflege“ Postbank Essen

Kto 470834437, BLZ 36010043

→ Einverfahren (gem. § 130 Abs. 3 StGB). Dann stellte das Bundesverfassungsgericht darauf ab, dass die Klägerin – die Auschwitzüberlebende Esther Bejarano – als Einzelperson keinen Antrag auf Demonstrationsverbot habe stellen dürfen. Demgegenüber hatte die Anwältin Gabriele Heinecke für die heute 79-jährige Shoa-Überlebende sowie die klageführende VVN-BdA inhaltlich argumentiert: „Das mit der Demonstration verfolgte Ziel ist – bereits zum Zeitpunkt der Anmeldung erkennbar – nicht eine abstrakte Meinungsäußerung, die der Person Reemtsma Lügen vorhält. Das Ziel ist die offensichtliche Volksverhetzung durch Leugnung des Inhalts der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ und damit des Holocausts und der Verbrechen der Wehrmacht.“

Das zudem besonders aggressive Auftreten zeigte sich bereits am Donnerstagabend, wo 35 NSAN-Anhänger eine Veranstaltung mit Jan Philipp Reemtsma in der Evangelischen Akademie am Dammtor störten. Sie stürmten den Saal, zeigten ein Transparent: „Reemtsma lügt – Wahrheit siegt!“ und skandierten „Lügner, Lügner!“ Die Polizei schritt nicht ein.

Als Fazit bliebe zunächst die erfolgreiche Kleinarbeit der Stadtteilinitiative festzuhalten, der es immerhin gelang, bis in den Kirchenkreis Alt Hamburg und die Bezirksversammlung-Nord hineinzuhören. So gelang es, die pauschale Dif-

famierung und polizeiliche Vollabsperzung des gesamten Viertels zu unterlaufen. Zusammen mit dem von Künstlern und Zeitzeugen gemeinsam verfassten „Aufruf zum Besuch der Ausstellung“ gelangten schließlich doch noch mehreren hundert Menschen an den Ort des Geschehens.

Leider gelang es dort nicht, so viel Druck zu erzeugen, dass der Naziaufmarsch verkürzt werden musste. Ein Grund liegt in der Schwäche organisierter Antifaschisten, die über und im Streit mit den Antideutschen zur Zeit weitgehend paralysiert sind. Die schwache Beteiligung autonomer und unabhängiger Antifagruppen auf der Demo wie auch die Kleinstkundgebung von Bad Weather zeigen den tiefen Riss, der, wenn auch nicht überwunden, doch zumindest auf Verfahrensebene geregelt werden muss.

Enttäuschend fiel auch der inzwischen ritualisierte Eiertanz des DGB aus, der zwar die Demonstration „unterstützte“, aber dann nichts unternahm und noch nicht mal als Unterstützer in einem Anzeigentext genannt werden wollte. Enttäuschend, nein als katastrophal zu bezeichnen ist das Verhalten des Hamburger Institutes, dass sich nicht willens und in der Lage zeigte, den Zugang zur Ausstellung öffentlich und wirkungsvoll einzufordern und das sich meines Erachtens nach einer gefährlichen Verharmlosung des Neonazismus vorhalten lassen muss.

Wolfram Siede

Aus: **Lokalberichte Hamburg 7/04**

**Städte gegen Ausbildungsplatzabgabe:** KÖLN/BERLIN. Eine Ausbildungsplatzabgabe würde den Spielraum noch weiter schmälern, den die Städte brauchen, um mehr Ausbildungsplätze einzurichten zu können. Die Städte seien trotz der zumeist desolaten Finanzlage nach Kräften bemüht, junge Menschen auch über den unmittelbaren Bedarf hinaus auszubilden. Der Städttetag kritisierte, dass die Abgabe in erster Linie die ohnehin schwachen Kommunen bestrafen würde, also diejenigen, die aufgrund ihrer Finanzsituation mit dem Rücken zur Wand stünden und nicht mehr Ausbildungsplätze einrichten könnten, auch wenn sie das wollten. Sollte es zur Erhebung einer solchen Abgabe kommen, müssen die Städte nach Auffassung des Städttages von der Zahlung befreit werden: „Die Städte leisten als Träger der beruflichen Schulen einen ganz entscheidenden Beitrag für die Funktionsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems in Deutschland.“

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

**600 „besonders profitable“ Bahnhöfe im Angebot:** BERLIN. Die Bahnexpertengruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ deckt auf: Für 600 Bahnhöfe werden private Anleger gesucht. „First Rail Estate hat von der Deutschen Bahn 600 zukunfts- und renditefähige Immobilien zu einem günstigen Kaufpreis übernommen.“ In Aussicht gestellt werden „mindestens 10 Prozent“ Rendite und „ein Gewinn im Fall des Weiterverkaufs der Immobilien (nach 13 Jahren), der bei bis zu 100 Prozent über den Ausschüttungen“ liegen könne. Die Bahnhöfe befinden sich an aktiven Strecken und sollen überwiegend weiter „in Betrieb“ bleiben. Sie haben eine zu vermietende und zu verpachtende Nutzfläche von 237.000 qm, wovon 151.000 bisher „nicht für Fremdvermietung genutzt“ werden. Wir erleben damit im Vorfeld des Börsengangs der Bahn eine dreifache Entwertung von Bahnhöfen als integralen Bestandteil des Schienensystems: Erstens wird die Zahl der Bahnhöfe massiv reduziert: zu Beginn der Bahnreform 1994 waren es 5.843; 2001 noch 5.300. Zweitens werden Bahnhöfe in ihrer verkehrstechnischen Funktion vielfach entwertet – siehe insbesondere der flächendeckende Abbau von Reisezentren und die Schließung von Schaltern. Drittens schließlich werden Bahnhöfe „outgesourced“. Dadurch wird die Synergie im System Schiene weiter abgebaut. Vor allem handelt es sich um einen verantwortungslosen Ausverkauf von gesellschaftlichem Vermögen, das in einem Zeitraum von mehr als 100 Jahren geschaffen wurde.

[www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)

**Girokonto für alle!** FRANKFURT A.M. Nach Angaben aus der Landesregierung

verfügen 1.500.000 erwachsene Deutsche über kein Girokonto, obwohl es eine Selbstverpflichtung der Banken gibt, allen Menschen Guthabenkonten einzurichten. Auch in Frankfurt häufen sich Berichte über Menschen, denen von den hiesigen Banken die Einrichtung von Girokonten verweigert wurde. Die Nachteile für die Betroffenen sind gravierend: So ist es für Menschen ohne Girokonto nahezu unmöglich, eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz zu finden, weil Vermieter und Arbeitgeber darauf ausgesprochen misstrauisch reagieren. Auch die finanziellen Folgen sind nicht unerheblich, weil die Banken für Überweisungen von bar eingezahltem Geld erhebliche Gebühren verlangen. Die Stadtverordneten der PDS beantragten daher, dass der Magistrat seinen Einfluss gegenüber der Bundesregierung geltend macht, die Selbstverpflichtung der Banken durch eine gesetzliche Regelung zu ersetzen. 2. wird der Magistrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Sozialverwaltung und der Verbraucherzentrale eine Erhebung durchzuführen, wie viele Menschen in Frankfurt über keine eigene Kontoverbindung verfügen und von welchen Banken die Einrichtung von Girokonten verweigert wird.

3. Der Magistrat wird beauftragt, mit den ortsansässigen Banken in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel, dass alle Menschen, die dies wollen, ein Guthabenkonto erhalten können. 4. Banken, die der Selbstverpflichtung auf Einrichtung von Guthabenkonten nicht nachkommen sollen künftig von allen Geld-, Zahlungs- und Kreditgeschäften der Stadt Frankfurt am Main und ihrer direkten und indirekten Beteiligungen ausgeschlossen werden. [www.pds-im-roemer.de](http://www.pds-im-roemer.de)

**Veolia verliert die Bieterwettstreit:** DORTMUND/BOCHUM. Die wochenlange Bieterschlacht um den Einstieg beim Wasserversorger Gelsenwasser ist beendet. Die Wasserverbände Emscherge nossenschaft und der Ruhrverband sollen zu gleichen Anteilen bis zu 46 Prozent an Gelsenwasser übernehmen, teilten die Eigentümer, die Dortmunder und die Bochumer Stadtwerke, mit. Damit enden Spekulationen über einen Einstieg des französischen Versorgers Veolia. Somit bleibt es „beim starken kommunalen Einfluss auf Gelsenwasser, der schon beim Verkauf der ehemaligen Eon-Tochter an die Stadtwerke von Dortmund und Bochum kritisiert wurde. Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft hatte das Engagement der Städte eine „fragwürdige Rekommunalisierung“ genannt.

[www.meinepolitik.de](http://www.meinepolitik.de)

Zusammenstellung: ulj

## Das FDP-Unionskartell greift an:

# Stoibers Tarifziel: Voll beschäftigt und trotzdem arm

Die Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, im öffentlichen Dienst künftig 42 Stunden arbeiten zu lassen, bezieht sich unmittelbar auf die Beschäftigten der Länder, letztlich geht es aber um einen Doppelschlag, der das Arbeitsmarktgefüge der BRD erschüttern und die Öffentlichkeit an einen Rückbau der Dienstleistungen von Bund, Ländern und vor allem der Gemeinden gewöhnen soll. Der Stoß wird über die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder geführt, im Hintergrund steht Parteistrategie. Die Union nutzt aus, dass sie in der Mehrzahl der Länder regiert.

Das Tarifgefüge im öffentlichen Dienst ist nach den Arbeitgebern im Bund, den Ländern und den Gemeinden gegliedert. Bei den Arbeitsverträgen der Beschäftigten werden Beamte, Angestellte und Arbeiter unterschieden. Die Teilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bringt es mit sich, dass bei den Ländern (Polizei, Schulen, Justiz) der Anteil der Beamten überwiegt, während bei den Gemeinden die Masse der Arbeiter beschäftigt ist und zusammen mit den Angestellten die Mehrheit bildet. In den sechziger Jahren fügte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr aus den zersplitterten Bereichen ein Tarifkartell zusammen, dem auch noch die damals staatliche Post und die Bundesbahn angehörten.

Dieses Tarifkartell, es ist mit dem Namen des damaligen ÖTV-Vorsitzenden und Verhandlungsführers Heinz Klunkner verbunden, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in der BRD die tatsächlichen Mindesteinkommen an den Durchschnitt heranrückten. Der Weg dazu führte über zum Teil heftige Lohnbewegungen, in denen Mindestanhebungen bzw. Sockelbeträge die Proportionen des Lohngefüges verschoben.

Ein Lohn, vom dem man selbstständig leben kann – für dieses Ziel scheute die ÖTV auch nicht den Konflikt mit der da-

maligen sozialliberalen Koalition (Brandt/ Genscher), der sie 1974 durch Streik die Zustimmung zu einer Tarif erhöhung um 11%, verbunden mit einer Mindestanhebung der Löhne und Gehälter um 170 DM (in heutigen Preisen ungefähr der gleiche Betrag in Euro) aufzwang. Entscheidend wirkte sich diese Politik in Beschäftigungsbereichen aus, in denen konkrete Arbeiten anfallen, die auch außerhalb des öffentlichen Dienstes vorkommen. Wenige Jahre später setzte allerdings die Strategie der teilweisen Privatisierung (Vergabe von Gebäudereinigung und Private u.a.m.) ein, der die Privatisierung ganzer Bereiche folgte. Eine Grundlage dafür war, dass die Schlagkraft, die das große Tarifkartell – Bund, Länder, Gemeinden, Bahn, Post – entwickeln konnte, auf die gewerblich organisierten Dienstleistungsbereiche nicht übertragen wurde, so dass die ÖTV in ihrem Vertragsbestand für völlig gleiche Tätigkeiten (typisches Beispiel Busfahren) sehr unterschiedliche Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart hatte. Ein Versäumnis? Sicher ist, dass die Tarifpartner der ÖTV zum Beispiel in den Gemeinden für die Ziele der Gewerkschaft ein anderes Verständnis aufbrachten als etwa die Speditionsunternehmer.

Die jetzt von den unionsgeführten Ländern eingeschlagene Strategie versucht nicht einfach die Kosten zu senken. Sie will Maßstäbe setzen und einer dieser Maßstäbe wurde von Verdi auf die griffige Formel gebracht: Vollzeit-Arbeit und trotzdem arm, ein sozialer Tatbestand der in der BRD in vielen Bereichen bereits Tatsache ist. Es wird aber eine neue Qualität erreicht, wenn die öffentliche Hand ihr Beschäftigten auf diese Weise würgt. Im folgenden dokumentieren wir einen Bericht von Kurt Martin, der bei Verdi für die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder (TdL) zuständig ist. (Quelle: [www.verdi.de](http://www.verdi.de))

**Dokumentiert: Auszüge aus dem tarifpolitischen Situationsbericht zur Sondersitzung der Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst am 2. April 2004 in Stuttgart**

**Kurt Martin: „Auf Generalangriff die passende Antwort geben!“**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben euch kurzfristig für heute zu dieser Sondersitzung eingeladen, um einen einzigen Tagesordnungspunkt zu beraten: wie wir auf die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen im Tarifgebiet West durch die TdL (Tarifgemeinschaft Deutscher Länder, PB) reagieren. Ich gehe davon aus, dass wir keine weiteren Tagesordnungspunkte beraten müssen ... Lasst

mich aber ... noch einige grundsätzliche Ausführungen dazu machen: Genau heute vor einer Woche, am 26. März, hat die TdL gegen alle tarifpolitische Vernunft ihre kurzsichtige und unverantwortliche Entscheidung getroffen. Sie hat sich dafür entschieden, ohne Rücksicht auf die Folgen auf Crashkurs zu gehen. Der Kündigungs-Beschluss wurde nach unseren Informationen ohne Gegenstimmen mit

→ lediglich zwei Enthaltungen gefasst: Enthalten haben sich Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die beide gerade mit Verhandlungen beziehungsweise der Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen auf Basis des Tarifvertrags „Soziale Absicherung“ befasst sind (...)

Nun wieder zur Entscheidung der TdL: Vorausgegangen war ihr ein Treffen der Ministerpräsidenten am Tag zuvor, auf dem sie den Stand des Prozesses bewerten und in Sachen Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen eine Entscheidung treffen wollten.

Man hört, es habe auf beiden Treffen lange und heftige Diskussionen gegeben, und es sei ein massiver Druck von einigen Ländern entfaltet worden, die damit drohten, die TdL zu verlassen, falls nicht die erforderliche Mehrheit für eine Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen zustande käme.

Durchgesetzt haben sich letztlich die Hardliner, die die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen ohne Rücksicht auf Verluste aus offensichtlich rein politisch-ideologischen Motiven erzwingen wollten. Einige Länder hätten sich nur wegen des „höheren Guts“ des Zusammenhalts der TdL zu einer Zustimmung zur Kündigung drängen lassen. Dennoch hat sich Hessen unter Führung seines Ministerpräsidenten Koch dadurch nicht davon abhalten lassen, den Arbeitgeberverband zum 1. April 2004 zu verlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns vor einigen Tagen noch einmal die Satzung der TdL angesehen: Nach Paragraph 1, Absatz 2 ist der Zweck des Verbandes, „die Einheitlichkeit der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sicherzustellen“. Mit diesem Satzungszweck hat die Vorstellung, die dieser Verband derzeit gibt, auf jeden Fall nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

Kolleginnen und Kollegen, die Erklärung der TdL zur Begründung der Kündigung ... zeigt sehr deutlich, dass es den Hardlinern und politischen Ideologen in der TdL gar nicht in erster Linie um die tatsächlichen Einspareffekte infolge einer Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen im Länderbereich geht, sondern eher um den symbolischen Akt des Durchbruchs in Sachen Arbeitszeitverlängerung, das heißt um eine politische Demonstration.

Denn selbstverständlich wissen sie sehr genau, dass sie kurzfristige Einspareffekte von der Kündigung ohnehin nicht zu erwarten haben, weil die Tarifverträge nachwirken. Änderungen bei der Arbeitszeit können sie allenfalls bei



Streiksituation im öffentlichen Dienst, Köln, 1974, www.verdi.de, Geschichte

Neueinstellungen – die im öffentlichen Dienst aber bekanntlich so gut wie nicht stattfinden – beziehungsweise einzelvertraglichen Änderungen durchsetzen.

Die öffentliche Ankündigung des Ministerpräsidenten Stoiber, im Freistaat Bayern würde bei künftigen Höhergruppierungen auch gleich die Arbeitszeit auf 42 Stunden heraufgesetzt, stellt nach unserer Auffassung einen unzulässigen Eingriff in bestehende Arbeitverträge dar. Deshalb haben wir die Beschäftigten in unserem Informationsflugblatt aufgefordert, ohne rechtliche Beratung keine Unterschrift zu leisten.

Aber solche vollmundigen Erklärungen des Herrn Stoiber zeigen auch wieder, dass es den Oberideologen nicht so sehr auf die tatsächlichen Verhältnisse ankommt, sondern darauf, politisch-ideologisch das angebliche Allheilmittel Arbeitszeitverlängerung zu propagieren und eine harte Linie gegenüber den Gewerkschaften zu demonstrieren.

Dazu passt denn auch die völlig absurde Begründung der TdL für die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen: diese sei als „Mahnung“ und als „Appell an die Gewerkschaften zu mehr Beweglichkeit bei den Verhandlungen zur Reform des Tarifsystems im öffentlichen Dienst“ zu verstehen. Mit dieser irrwitzigen Begründung, das muss man sich einmal ganz genau ansehen, kündigen sie die Tarifbestimmungen zur Arbeitszeit.

Das heißt im Klartext: Es geht um noch weit mehr. Es geht um den Versuch, uns zu erpressen mit dem Ziel, den umfangreichen Katalog der von den Arbeitgebern der Länder geforderten Absenkungen und Verschlechterungen tariflicher Standards zu erzwingen – nach dem Motto: länger arbeiten für weniger Geld und bei verschlechterten Konditionen.

In ihren Begründungen macht die TdL

denn auch den ganzen Katalog ihrer Wunschvorstellungen wieder auf: von Einschnitten beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, regional differenziert nach Kassenlage, über den Einstieg in Arbeitszeitverlängerungen bis zu 42 Stunden bis hin zur Umwandlung von bis zu zwanzig Prozent des Einkommens für Leistungsbezahlung!

Ihr habt euch nicht verhört – genau das hat der Geschäftsführer der TdL vor einigen Tagen gefordert. O-Ton Rieger: „Es muss möglich sein, Angestellten, die weniger leistungsstark sind, den bisherigen Lohn zu kürzen“. (Die Welt vom 31. März 2004)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mich jetzt nicht noch einmal im einzelnen mit der aberwitzigen Strategie der TdL auseinander setzen, das haben wir in den letzten beiden BTK-Sitzungen ausführlich getan.

Aber eine Anmerkung zu den Konsequenzen der TdL-Forderungen erscheint mir doch nötig: Der größte Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezieht ein Bruttoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro. Wer hier – unter dem Vorwand der Leistungsvergütung – bis zu 400 Euro abziehen will, zusätzlich noch das Urlaubs- und Weihnachtsgeld kürzen oder streichen will und dann außerdem noch die Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden verlängern will, der hat entweder keine Ahnung, wovon er redet, oder er fährt eine tarifpolitische Kamikaze-Strategie; vielleicht auch beides gleichzeitig, was eine besonders explosive Mischung ergibt.

Denn wenn die TdL Arbeitszeitverlängerungen bis zu 42 Stunden pro Woche bei gleichbleibendem Entgeltniveau fordert, dann gefährdet das nicht nur mehr als 100.000 Arbeitsplätze allein im Bereich der West-Länder des öffentlichen

Dienstes, es bedeutet gleichzeitig auch eine faktische Absenkung der Vergütung bis zu fast zehn Prozent.

Zusätzlich fordert die TdL auch noch Härte- und Notfallregelungen für die Länder in Ost und West, um bei Bedarf Arbeitszeit und Einkommen absenken können. Das heißt: Erst soll die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich hochgesetzt werden, um sie dann – ausgehend von diesem niedrigeren Einkommensniveau aus – wieder abzusenken. Das bedeutet schlichtweg eine doppelte Vergütungsabsenkung!

Die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes sollen gleich zweimal abklassiert werden!

Aber selbst das reicht scheinbar noch nicht: Denn wenn man noch all die sonstigen Maßnahmen mit einrechnet, die auch noch auf dem Wunschzettel der TdL stehen – wie die Einschnitte beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld und die geforderten Umwidmungen von Einkommensbestandteilen in Leistungsvergütung – dann summiert sich die Lohnabsenkung, die die TdL erreichen will, locker auf bis zu 35 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das fordert, der macht deutlich, dass er ausschließlich auf Kosten der Beschäftigten sparen will und kein Interesse an einer zukunftsorientierten Neugestaltung des Tarifrechts hat. Der ist kein seriöser Verhandlungspartner.

Man kann kein zukunftsorientiertes Tarifrecht gestalten, indem man erst einmal tief in die Taschen der Beschäftigten greift und alles abräumt. Wer so agiert, handelt gegen alle tarifpolitische Vernunft und stellt seine Reformunfähigkeit unter Beweis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit ihrer widersinnigen Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen hat sich die TdL erneut von den Zielen der Prozessvereinbarung verabschiedet.

Selbst eine wahrhaftig nicht als gewerkschaftsfreundlich zu bezeichnende Zeitung wie das *Handelsblatt* kommentiert diese Strategie mit folgenden Worten: „Sie (gemeint sind die Ministerpräsidenten der Länder) haben etwa so viel Feingefühl in der Tarifpolitik wie eine Elefantenherde im Porzellanladen. Das reine Symbol einer Arbeitszeitverlängerung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes scheint ihnen so wichtig, dass sie dafür die greifbare Chance einer radikalen Modernisierung des gesamten Tarifrechts im Staatssektor aufs Spiel setzen.“ (*Handelsblatt* vom 26. März 2004). Dieser Kommentar spricht für sich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle aber auch noch einmal wiederholen, was ich in den vergangenen Tagen auch immer wieder den Journalist\*innen gesagt habe: Wir sind angetreten, um mit allen drei öffentlichen Arbeitgebern ein einheitliches, zukunftsorientiertes und attraktives Tarifrecht für den öffentlichen Dienst zu gestalten.

Es ist sehr bedauerlich, wenn sich die TdL nun mit ihrer destruktiven und politisch verfehlten Entscheidung aus dem Prozess der Neugestaltung verabschiedet. Aber ich betone nachdrücklich, dass wir dennoch auf jeden Fall den Prozess der Neugestaltung mit allen jenen fortsetzen werden, die weiterhin konstruktiv und zukunftsorientiert daran mitwirken wollen.

Infofern bin ich sehr froh, dass sowohl Herr Oberbürgermeister Stüber für die VKA als auch Bundesinnenminister Schily für den Bund in diesen Tagen noch einmal bestätigt haben, dass auch sie weiter daran festhalten, mit ver.di die Gestaltung des neuen Tarifrechts für den öffentlichen Dienst erfolgreich zu Ende zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt nichts, was nicht noch schlimmer gemacht werden könnte. Am vergangenen Wochenende haben Herr Stoiber und Frau Merkel gleich noch einen draufgesetzt: Die angestrebten Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst seien als Vorreiter und als Signal auch für die Privatwirtschaft zu verstehen ...!

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist eine offene Kampfansage an alle Gewerkschaften. Das können wir nur als einen Generalangriff auf erkämpfte arbeitszeitpolitische Erfolge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verstehen.

Es ist ein Angriff auf einen Kernbestandteil der Tarifautonomie, auf einer Linie mit den Forderungen nach gesetzlichen Regelungen für die sogenannten „betrieblichen Bündnisse für Arbeit“ und den altbekannten Forderungen nach noch weitergehender „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes.

Darauf, so meine ich, sollten wir eine passende Antwort geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich sehr gefreut, als ich gehört habe, dass sich nach der Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen durch die TdL in den letzten Tagen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Hamburg und anderen Orten an spontanen Protestaktionen beteiligt haben.

Morgen – am Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau und für soziale Sicherheit – ist eine weitere gute Gelegenheit, deutlich zu machen, dass wir uns gegen die Zumutungen der Arbeitgeber, wie wir sie gerade im öffentlichen Dienst erleben, und gegen die Zumutungen der sogenannten „Reformpolitik“ zur Wehr setzen. Kommt alle zu den zentralen Aktionen hier in Stuttgart, in Köln oder in Berlin!

Aber auch über den morgigen Tag hinaus kann ich mir gut vorstellen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten und Beamten, noch einiges Weitere in petto haben, um den Arbeitgebern der Länder zu demonstrieren, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

#### **BDI erleichtert über Einigung im Emissions-Streit. HB, Mi. 31.3.04.**

– Der Bundesverband der Deutschen Industrie wertet den Kompromiss zwischen Bundesumweltminister J. Trittin und Bundeswirtschaftsminister W. Clement als Sieg für den Wirtschaftsminister. „Wir können alle Herrn Clement sehr dankbar sein“, so BDI-Chef. M. Rogowski.

#### **DIHK definiert „richtig verstandenen Patriotismus“. HB, Di., 23.3.04. – DIHK-**

Präsident L. G. Braun wehrt sich gegen den Vorwurf von Kanzler G. Schröder, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland sei „unpatriotisch“. „Ein richtig verstandener unternehmerischer Patriotismus besteht darin, für eine konsequente Reformpolitik zu werben“, sagte Braun. Das Bewusstsein müsse geschärft werden, „dass wir dringend Reformen in den unterschiedlichsten Bereichen brauchen, damit Unternehmen nicht allein zur Sicherung ihrer Existenz gezwungen sind, Jobs ins Ausland zu verlagern“. Braun hatte Unternehmer dazu aufgerufen, die Chancen zu nutzen, die sich durch die Osterweiterung ergeben. Seit 1990 investierten deutsche Firmen bereits 36,8 Mrd. Euro in Osteuropa. H. Clement, Direktor des Osteuropa-Instituts in München, meint, der Boom sei vorbei, der kam bereits mit den großen Privatisierungen in Ungarn, Tschechien und Polen. „Nach dem EU-Beitritt werden verstärkt kleine und mittelständige Unternehmen folgen“, so U. Dietsch, Geschäftsführer des Ost- und Mitteleuropa-Vereins.

#### **Gesetz gegen Schwarzarbeit in Wirtschaftskreisen umstritten. HB, Do., 25.3.04. –**

Kritik am Gesetzentwurf äußerten bei der Anhörung die Vertreter der Wirtschaft: der Ansatz, die Strafverfolgung zu intensivieren, sei falsch. Es kommt statt dessen darauf an, die Steuer- und Abgabenlast auf Löhne zu senken, um den hohen Anreiz für Schwarzarbeit zu beseitigen, so der DIHT und die Arbeitgeberverbände. Auch die Vertreter des Gaststättengewerbes, bei dem der Zoll bei jedem vierten Betrieb Verdacht auf Schwarzarbeit schöpft, und des Bauhauptgewerbes (14% Verdacht), forderten die Senkung der Lohnnebenkosten.

#### **Wirtschaft demnächst in der UNO? HB, Fr./Sa., 2./3.4.04 –**

Deutschland will in der Sitzung am 15. April in einer offenen Sitzung eigene Akzente in den Sicherheitsrat einbringen. Thema ist: „Die Rolle der Wirtschaft bei Konfliktprävention, friedenserhaltenden Einsätzen und Wiederaufbau“. Das Thema ist konfliktreich, denn Privatfirmen wollen sich nicht vom Sicherheitsrat in die Pflicht nehmen lassen, selbst einen Beitrag in Krisenherden leisten zu müssen. Die US-Regierung hat angedeutet, dass ihr dieser Vorstoß zu weit geht.

Presseauswertung: rst

**Aktuelle Umfrage zeigt  
positiven Umfragetrend für  
die PDS – ungebrochene Po-  
pularität Gregor Gysis**

Zu den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des PDS-Wahlbüros erklärt PDS-Wahlkampfleiter André Brie:

Das PDS-Wahlbüro hat Mitte März über Infratest dimap eine repräsentative Befragung mit 1006 Befragten in ganz Deutschland durchführen lassen. Für die politische Stimmung ergab sich folgendes Ergebnis (in Prozent):

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Gesamt
SPD	25,4	22,1	24,8
CDU/CSU	53,0	40,2	50,6
B90 / Grüne	11,6	7,4	10,8
FDP	4,3	3,3	4,1
PDS	2,1	22,1	5,8
Sonstige	3,7	4,9	4,0

Dieses Ergebnis ist nicht identisch mit den veröffentlichten „Sonntagsumfragen“, da die sogenannte Projektion fehlt, mit der das unmittelbare Befragungsergebnis um langfristige Wählerbindungen und taktisches Wahlverhalten „korrigiert“ wird. Sicherlich muss die PDS davon ausgehen, dass ihre realistischen Daten um ca. 0,5 Prozentpunkte niedriger liegen. Dennoch bestätigt es eindeutig den positiven Trend für die PDS.

Das PDS-Wahlbüro verfügt durch kontinuierliche Analysen und Auswertung von zahlreichen Meinungsumfragen über ein umfangreiches Datenmaterial für den Wahlkampf. Im kumulierten Ergebnis aller Umfragen ist die PDS seit dem Sonderparteitag im Sommer 2003 bis März 2004 von 4,2 auf 5,0 Prozent gestiegen. Diese Daten beziehen sich auf Bundestagswahlen. Nach allen bisherigen Europawahlen ist davon auszugehen, dass eine Partei wie die PDS real über diesen Ergebnissen abschneiden wird, da an Europawahlen weit überproportional politisch besonders interessierte Wählerinnen und Wähler teilnehmen, ein Potenzial, bei dem die PDS ihre besonderen Stärken hat. Günstig für die PDS ist zudem, dass am 13.6. gleichzeitig in Ostdeutschland drei Kommunalwahlen und die Landtagswahl in Thüringen stattfinden. Allgemein und insbesondere für die Wählerschaft der PDS zeichnet sich mehrheitlich erstens eine starke Proteststimmung ab, die mit einem ausgeprägten politischen Veränderungswillen einhergeht. Im Vordergrund stehen gegenwärtig für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zweitens eindeutig die Themen Situation auf dem Arbeitsmarkt, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, Gesundheit und demokratische Partizipation.

Bemerkenswert sind die Antworten auf Fragen nach der politischen Rolle von Gregor Gysi. 36 Prozent aller Befragten (bundesweit) gaben an, dass Gy-

si ihnen in der öffentlichen Diskussion fehle, nur 3 Prozent äußerten sich nicht. Natürlich polarisiert Gysi vor allem in Westdeutschland nach wie vor, aber diese extrem niedrige Zahl zeugt von einer ungebrochenen Bekanntheit und Popularität. Immerhin 32 Prozent waren mit der politischen Arbeit von Gysi zufrieden oder sehr zufrieden. Seine Rückkehr in die aktive Politik wünschen bundesweit 35 Prozent der Befragten.

Ausgesprochen hoch ist die Zustimmung zu Gysi in Ostdeutschland und speziell bei PDS-Wählerinnen und -Wählern. Für 58 Prozent der Ostdeutschen gehört Gregor Gysi wieder in die Politik, die PDS-Anhänger wollen ihn sogar zu 82 Prozent wieder zurück. Auch unter den Anhängern anderer Parteien aus dem linken Lager hat Gregor Gysi

darin verankerte Pflicht der EU-Staaten zur Aufrüstung und die Verpflichtung auf Marktradikalität einem sozialen, friedlichen und demokratischen Europa von Grund auf zuwider laufen.

(Quelle: PDS-Presseerklärung vom 26.03.2004)

Mit 90 zu 31 Stimmen sprach sich der Parteitag der Berliner PDS gegen den Plan des PDS-Wissenschaftssenators Flierl aus, Studienkonten einzuführen. Der verabschiedete Beschluss lautet: **Koalitionsvereinbarung statt Studienkonten. Für Berlin die gesetzliche Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums sichern, Studienbedingungen verbessern, Studienkonten ablehnen.** Das Studienkontenmodell ist nicht geeignet, Studiengebühren zu verhindern.



eine Lobby: Immerhin fast die Hälfte der SPD-Wähler und gut sechzig Prozent der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen stimmen diesem Wunsch zu. Für immerhin ein Drittel der Westdeutschen ist sein Wiedereintritt in die Politik ein Thema. Auch die Wähler sonstiger Parteien, Nichtwähler und Unentschlossene befürworten die Rückkehr von Gregor Gysi recht deutlich, wenn man bedenkt, dass gerade sie sonst konkrete Politikangebote vermissen und oft enttäuscht wurden.

Gregor Gysi scheint einer der wenigen Politiker zu sein, die Nicht- und Protestwähler mobilisieren können. (...)

Im Zusammenhang mit dem Entschluss des Brüsseler EU-Gipfels, die EU-Verfassung bis Mitte Juni durch die Regierungschefs anzunehmen, fordere ich die Bundesregierung auf, alles Notwendige einzuleiten, damit am 8. Mai 2005 das Volk über diese Verfassung abstimmen kann und diese Volksabstimmung europaweit durchgeführt wird. Die PDS wird in ihrem Europawahlkampf neben der sozialen Frage auch den Inhalt und Charakter des Verfassungsentwurfs offensiv thematisieren und dabei deutlich machen, dass die

Voraussetzung des Studienkontenmodells ist die Streichung des Gebührenverbots im Berliner Hochschulgesetz und die Erhebung von Langzeitstudiengebühren in einer Übergangsregelung. Daher spricht sich die Berliner PDS gegen die Einführung des Studienkontenmodells aus. In der Koalitionsvereinbarung sind der Erhalt der Studiengebührenfreiheit und Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen vereinbart. Daran ist festzuhalten. Hochschulbildung ist ein öffentliches Gut. Wir wollen, dass sie auf effektive Weise angeboten und der Nutzen öffentlicher Hochschulen für die Gesellschaft sichtbarer als bisher erbracht wird. Die Berliner PDS setzt sich deshalb dafür ein, neue Modelle zur Lenkung der Finanzströme im Hochschulbereich zu erproben. Die Hochschulen erhalten Mittel nach Leistungskriterien. Diese wollen wir weiter qualifizieren.

Maßnahmen zur Verringerung von Studienabbrüchen und zur Verkürzung von Studienzeiten müssen bei den Studienbedingungen und bei der sozialen Besserstellung der Studierenden ansetzen. (www.pds-berlin.de)

*Zusammenstellung: jöd*

# 800 Euro Mindestrente – warum eigentlich nicht?

## Eine PDS-Forderung und was sich daraus machen ließe

Der PDS-Parteivorsitzende Lothar Bisky hat kürzlich auf einer Seniorenveranstaltung seiner Partei vorgeschlagen, im Rentenrecht eine Art Mindestrente in Höhe von etwa 800 Euro zu verankern. Wörtlich erklärte Bisky: „Wir schlagen eine echte Mindestrente vor, eine Rente mit Grundbetrag. Jede und jeder, der mindestens 30 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat und dabei 15 Rentenpunkte erworben hat, bekommt einen Rentengrundbetrag, der 30 Rentenpunkten entspricht. Das ist aus heutiger Sicht eine Mindestrente von 800 Euro.“

(Rede auf der Rentenkonferenz der sächsischen PDS-Landtagsfraktion, 15.3.2004, nachzulesen auf der Homepage der PDS [www.pds-online.de](http://www.pds-online.de))

In der Presse ist auf die einschränkende Anforderung Biskys, eine solche Rente nur den Personen zu zahlen, die 30 Jahre lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und die dabei mindestens 15 Beitragspunkte erworben haben, keine Rücksicht genommen worden. Andere Zeitungen berichteten kurz und knapp, die PDS fordere eine Mindestrente von 800 Euro – was auch in etwa stimmt.

Zum Vergleich: Die sogenannte „Brutto-Standardrente“ des derzeitigen Rentenversicherungssystems lag im zweiten Halbjahr 2003 im Westen bei 1.175,85 Euro, im Osten bei 1.033,65 Euro. Eine solche „Standardrente“ wird nach derzeitigem Rentenrecht erreicht, wenn jemand 45 Jahre lang seine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat und während dieser 45 Jahre im Schnitt immer in Höhe des Durchschnittseinkommens der abhängig Beschäftigten verdiente. Im letzten Jahr lag dieses „Durchschnittseinkommen“ bei 29.230 Euro im Jahr. Bei 12 Monatseinkommen sind das 2.436 Euro im Monat. Wer also im vergangenen Jahr 2.436 Euro brutto im Monat verdiente, erhielt am Jahresende einen „Rentenpunkt“. Wer das 45 Jahre lang geschafft hat und 2003 seine ungekürzte Altersrente erhielt, kam so im Westen auf 1.176 Euro Rente. (Alle Zahlen nach: Arbeitnehmerkammer Bremen, Rechengrößen der Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2004, nachzulesen unter [www.arbeitnehmerkammer.de](http://www.arbeitnehmerkammer.de))

Es ist unschwer zu sehen, dass die Forderung der PDS nach einer Mindestrente von 800 Euro bereits nach 30 Beitragsjahren bzw. bei 15 Rentenpunkten für viele alte Menschen eine beträchtliche Anhebung ihrer Rente bedeuten würde – jetzt schon und noch mehr in Zukunft, wenn die diversen derzeit beratenen Renten-„Reform“-Pläne der rot-grünen Regierung oder der schwarz-gelben Opposition in Kraft treten würden.

Ob der PDS-Parteivorsitzende sich seine Forderung gut überlegt hat, ist nicht sicher. Zumindest hat er nicht zu Ende gedacht. Das aber wäre aus verschiedenen Gründen wünschenswert und auch durchaus reizvoll. Denn: Die Forderung nach einer faktischen Mindestrente in so einer Höhe hat auch Konsequenzen für andere Bereiche. Diese Konsequenzen sollte die PDS dann aber auch zu Ende denken.

### Eine menschenwürdige Mindestsicherung nur für alte Menschen?

Zum Beispiel: Wenn 800 Euro nach Ansicht der PDS so etwas wie ein menschenwürdiges Minimum für Menschen über 65 Jahre sind, wieso sollte dieser Mindestbetrag dann nicht auch für andere erwachsene Personen gelten? Ein solches gesetzliches Minimum gibt es bekanntlich derzeit auch. Es ist Gegenstand heftiger Proteste der Gewerkschaften und Sozialverbände und indirekt Thema heftigen Streits zwischen dem hessischen CDU-Regierungschef Koch und dem vermutlich für die meisten Menschen ebenso unsympathischen SPD-Wirtschaftsminister Clement, aber auch zwischen den Kommunen einerseits und der



Bundesregierung andererseits. Die Rede ist vom „Arbeitslosengeld II“, der neuen Sozialhilfe. deren Höhe liegt bekanntlich keineswegs bei 800 Euro, sondern bei 345 Euro. Warum aber, wenn nach Meinung der PDS – und der soll hier nicht widersprochen werden, bewahre! – ein menschenwürdiges Minimum in diesem Land derzeit bei ca. 800 Euro für eine erwachsene Person liegt, warum soll das dann nicht auch für das „Minimum“ für „jüngere Erwachsene“ sein, also für Menschen zwischen 18 und 65 Jahren Lebensalter? Einen vernünftigen Grund für unterschiedliche Minima wird die PDS nicht finden, vermutlich auch gar nicht finden wollen. Aber auch kaltherzige politische Reaktionäre, die nach solchen Vorwänden suchen, werden es schwer haben, unterschiedliche Minima für verschiedene Gruppen erwachsener Menschen zu finden. Es gibt solche Regelungen derzeit nur für Flüchtlinge im sog. „Asylbewerberleistungsgesetz“, und selbst dort ist die „Begründung“ (im Wesentlichen: vorübergehender Aufenthalt) bekanntlich völlig zu Recht heftig umstritten.

Also: Wenn schon 800 Euro als menschenwürdiges Minimum für Rentnerinnen und Rentner, warum dann nicht für alle?

In ihrer Broschüre „Agenda sozial“ bewegt sich die PDS in ähnlichen Größenordnungen. Dort nennt sie als „Armutsschwelle“, die nicht unterschritten werden dürfe, einen Betrag von „50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten“ und beziffert den mit derzeit 750 Euro.



Also: warum nicht 750 bis 800 Euro als menschenwürdige Grundsicherung für alle?

#### **Steuer- und finanzpolitische Folgen**

Bezogen auf den Streit um das Arbeitslosengeld II und die damit verbundene Hoffnung der Städte und Gemeinden auf finanzielle Entlastung hätte ein solches Minimum zudem noch einen weiteren Effekt: Der Streit zwischen Bund und Kommunen um das Wohngeld würde sich fast völlig erledigen.

Derzeit ist die Situation so: Das geplante Arbeitslosengeld II in Höhe von 345 Euro im Westen bzw. 331 Euro im Osten zahlt der Bund bzw. die (Bundes-)Agentur für Arbeit. Das Wohngeld bzw. alle „angemessenen“ Kosten für Wohnung und Heizung sollen die Kommunen zahlen – wie bisher. Nach Auskunft der schon zitierten Arbeitnehmerkammer Bremen liegt das tatsächlich an alleinlebende erwachsene Sozialhilfebezieher/innen derzeit gezahlte Wohngeld plus Heizkosten bei durchschnittlich 319 Euro. 275 Euro davon waren Wohngeld, 44 Euro die durchschnittlichen Heizkosten für eine solche Person.

345 Euro Arbeitslosengeld II plus 319 Euro Wohngeld samt Heizkosten macht zusammen 664 Euro. Das sind zusammen deutlich weniger als das von der PDS in die öffentliche Debatte gebrachte menschenwürdige Minimum für eine erwachsene Person von 750 bis 800 Euro. Würde also ein solches gesetzliches Minimum für alle erwachsenen Personen gezahlt, dann würden Städte und Gemeinden vermutlich von fast allen Wohngeldzahlungen befreit. Der Streit mit dem Bund um die Entlastung der Kommunen wäre erledigt – zugunsten der Kommunen.

Auch unter diesem Gesichtspunkt hätte ein solches gesetzliches Minimum für alle erwachsenen Personen also seinen Reiz.

Hinzu kommt: Wenn gesellschaftlich akzeptiert und per Gesetz festgeschrieben wäre, dass irgendwo zwischen 750 und 800 Euro das menschenwürdige Mindesteinkommen liegt, dann müsste das auch steuerrechtliche Folgen an anderer Stelle haben – nämlich im Steuertarif der Lohn- und Einkommenssteuer. Der „Grundfreibetrag“ für eine einzelne erwachsene Person, das auch durch Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verlangte „steuerfreie Existenzminimum“, liegt dort seit 1.1.2004 bei 7.664 Euro im Jahr. Umgerechnet auf den Monat sind das 638,67 Euro. Das entspricht in etwa der Summe aus ALG II plus Wohn- und Heizkosten. Würde letzterer Betrag aber auf 750 bis 800 Euro angehoben, dann müsste auch der Grundfreibetrag im Steuerrecht auf diesen Betrag angehoben werden. Die Folge wäre eine deutliche steuerliche Entlastung im unteren Einkommensbereich – eine Steuerreform für die Armen also, nicht für die Reichen. Auch mal was Neues gegenüber

dem, was in den letzten 20 Jahren so praktiziert wurde in dieser Republik.

#### **Gesetzlicher Mindestlohn?**

Letzter Punkt: Das Thema gesetzlicher Mindestlohn. Hier sind sich die Gewerkschaften bekanntlich nicht sicher und nicht einig. Die IG Metall, die Chemie- und Bergbaugewerkschaft IGBCE, aber auch die Baugewerkschaft BAU sind dagegen, weil sie einen gesetzlichen Mindestlohn entweder für nicht nötig halten – so z.B. die derzeitige offizielle Argumentation der IG Metall – oder sogar direkt fürchten – so die BAU. Diese Bedenken sind zum Teil berechtigt, auf jeden Fall sollten sie ernst genommen werden. Die Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen in anderen Ländern sind keineswegs so großartig, wie die Befürworter solcher Regelungen gelegentlich behaupten.

Aber das soll hier nicht diskutiert werden. Wesentlich ist für diesen Punkt: Die Diskussion in den Gewerkschaften entwickelt sich derzeit offensichtlich in Richtung Befürwortung einer solchen Forderung. Starke Kreise in den Gewerkschaften, zum Beispiel das WSI, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften, drängen darauf. DGB-Chef Sommer hat sich dem Anfang März schon fast unmissverständlich angeschlossen und zur Begründung insbesondere auf die Folgen von Hartz IV und der dortigen „Zumutbarkeitsregelung“ für sogenannte Langzeitarbeitslose hingewiesen. Tatsächlich sollen nach

diesem Gesetz – ergänzt durch andere Regelungen, beispielsweise den Wegfall von Frühverrentung, die Streichung der sog. „58er-Regelung“ im SGB III und andere Änderungen – ab 2006 alle Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, buchstäblich jeden Job annehmen müssen, egal, wie schlecht auch immer er gezahlt wird. „Wir kriegen Armutslöhne für 6,3 Millionen Menschen, die heute schon zu geringe Einkommen haben“, so Sommer. (zit. nach Die Zeit, 4.3.2004)

Nur „sittenwidrige“ Löhne wären bei Inkrafttreten von Hartz IV ab 1.1.2006 noch „unzumutbar“ und im Grunde verboten. Wie wenig die Rechtsprechung des Arbeits- und Sozialgerichte zum Thema „sittenwidriger Lohn“ in der Realität heute einen wirklichen Schutz darstellt, erfuhr Ende letzten Jahres eine Textilfacharbeiterin aus Thüringen. Die 35-

jährige Frau hatte geklagt, weil ihr in einem Teppichwerk in Bärenstein im Erzgebirge nur 4,85 Euro brutto pro Stunde gezahlt wurde. Das Gericht wies ihre Klage ab: „Sittenwidriger Lohnwucher“ liege laut ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts dann vor, wenn ihr Lohn mehr als ein Drittel unter dem ortsüblichen Lohn liege. Der ortsübliche Lohn im Gebiet um Bärenstein im Erzgebirge aber ist so niedrig, dass der Bruttolohn der Textilarbeiterin, so das Gericht, um 12 Cent höher liege als diese unterste Schranke. (Frankfurter Rundschau, 10.11.2003)

Bei der Lohnspirale nach unten, die die rot-grüne Bundesregierung ebenso wie die schwarz-gelbe Opposition durch das von ihnen gemeinsam verabschiedete Hartz-IV-Gesetz in Gang setzen will, ist also diese Rechtsprechung keine ernstliche Schranke. Umso dringender stellt



sich in der Praxis die Frage nach anderen gesetzlichen Schranken – eben nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Der aber müsste – und auch da gibt es eine Fülle von gesetzlichen Beispielen und auch Beispielen aus der Rechtsprechung – mindestens 20 Prozent, vermutlich sogar noch mehr oberhalb des tatsächlichen Existenzminimums von nicht berufstätigen Menschen – also zum Beispiel von Arbeitslosen – liegen.

Ein menschenwürdiges Minimum für Arbeitslose und Rentner in Höhe von 800 Euro erzwingt deshalb indirekt auch einen gesetzlichen Mindestlohn zwischen 1.000 und 1.100 Euro. Je nachdem, ob dieser Monatslohn auf 35 Stunden pro Woche oder 40 Stunden pro Woche umgerechnet wird, ergäbe sich daraus ein gesetzlicher Mindest-Stundenlohn von 6 bis 6,70 Euro. In ungefähr dieser Höhe

bewegen sich auch gesetzliche Mindestlöhne in anderen EU-Ländern. In Großbritannien etwa lag der gesetzliche Mindestlohn für eine erwachsene Person bereits Ende 2002 bei umgerechnet 6,07 Euro. In Frankreich betrug der gesetzliche Mindestlohn SMIC ab Sommer letzten Jahres 7,19 Euro. Für viele, zum Beispiel die eben genannte Textilfacharbeiterin aus dem Erzgebirge, wäre das eine deutliche Verbesserung. Selbst im Bereich der durch Tarifverträge vereinbarten Löhne hätte ein solches gesetzliches Minimum in manchen Beschäftigungsbereichen spürbare Wirkungen. Eine Friseurmeisterin in Sachsen etwa erhält laut Tarifvertrag derzeit 5,59 Euro. Ein Wachmann im schleswig-holsteinischen Bewachungsgewerbe hat einen tariflichen Stundenlohn von 5,60 Euro, sein Kollege in Thüringen sogar nur 4,32 Euro. Ein Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft in Rheinland-Nassau hat einen tariflichen Anspruch auf 4,68 Euro, sein Kollege in Sachsen bekommt 5,22 Euro. Eine Gebäudereinigerin in Sachsen-Anhalt kommt im Ecklohn derzeit auf 5,79 Euro die Stunde (WSI-Pressemitteilung vom 17.3.2004 über tarifliche Niedriglöhne in West- und Ostdeutschland).

All das sind Beispiele für tarifliche Niedriglöhne, also für Löhne, die in der Wirklichkeit von den vielen nicht durch Tarifverträge gebundenen Unternehmen noch unterboten werden. All das sind zugleich Beispiele, wie weitreichend selbst ein solcher, deutlich unter den bisher diskutierten Beträgen (die NGG spricht zum Beispiel von 1.500 Euro Mindestlohn) liegender gesetzlicher Mindestlohn sein würde.

Ein solcher gesetzlicher Mindestlohn hätte zudem auch Folgen für Minijobber/innen. Die Arbeitszeit für Minijobs ist nämlich infolge der großartigen Gesetzgebung dieser Regierung inzwischen unbegrenzt. Theoretisch könnte also für einen Minijob von 400 Euro eine Arbeitszeit bis zu 173 Stunden im Monat verlangt werden. Solchen Entwicklungen würde ein gesetzlicher Mindest-Stundenlohn von 6 bis 7 Euro ebenfalls einen Riegel vorschieben. Höchstens 15 Stunden Arbeitszeit pro Woche wäre die Folge für Minijobs.

Fazit: Die Forderung der PDS, für alte Menschen eine Mindestrente von 800 Euro zu verlangen, geht in die richtige Richtung. Die PDS sollte aber ihre Forderung gründlicher durchdenken und auf andere, eng verbundene Problemgebiete übertragen, also auf die Frage einer menschenwürdigen Mindestsicherung generell, auf die Steuerpolitik, die Arbeitslosenversicherung und die Debatte um gesetzliche Mindestlöhne. Vielleicht stimmen dann ja auch andere Verbände und Organisationen – nicht nur von alten Leuten – in diese Debatte ein und helfen dabei, in diesem Land wieder wirksame Schranken gegen eine drohende absolute Verelendung großer sozialer Gruppen zu errichten.

**Michael Warschawski stellt sein Buch vor**

## An der Grenze

Der große Saal des EineWeltHaus in München war fast schon überfüllt, mehr als 100 Interessierte fanden sich zu der als Buchvorstellung und Lesung angekündigten Veranstaltung mit Michael Warschawski ein. „An der Grenze“ heißt das neue Buch des langjährigen israelischen Friedensaktivisten in der deutschen Übersetzung. In dem Vortrag, der die Lesung ersetzte, wurde klar, dass der Autor sich selbst eher als Grenzgänger und Grenzwächter sieht. In seinem Vortrag erläuterte der Referent die widersprüchliche Beziehung der israelischen Politik zu „Grenzen“.

Einerseits handelt es sich in seinen Augen bei der jetzigen israelischen Politik um einen zionistischen Politikansatz.

Michael Warschawski wurde 1949 als Sohn eines Großrabbiners in Straßburg geboren. 1965 ging er nach Jerusalem an eine Talmudschule. 1967-71 studierte er Philosophie an der Jerusalemer Hebräischen Universität. 1971-1984 gab er die monatlich erscheinende Zeitschrift *Mazpen* heraus. 1982: Mitbegründer des Reserve Soldiers Movement *Yesh Gvul*. 1984: Gründer des Alternative Information Center (AIC), bis 1999 dessen Direktor, seit 2000 Co-Vorsitzender des AIC-Vorstands. 1985-87: Mit Feisal Husseini Co-Sprecher des Committee Against the Iron Fist. Seit 1992: Mitglied des Friedensblocks *Gush Shalom*. 1987 wegen „Unterstützung illegaler palästinensischer Organisationen“ verhaftet und 1989 zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt; die Strafe wurde 1990 auf 8 Monate gemildert. Seit 2001 vertritt er das AIC im International Council of the World Social Forum. Warschawski ist mit der Anwältin Lea Tsemel verheiratet und Vater zweier Söhne und einer Tochter.

Der Zionismus als Kind des vorletzten Jahrhunderts definiert einen „normalen Staat“ weiterhin als Staat mit möglichst dichten Grenzen und einer homogenen Bevölkerung dahinter. Dieser Ansatz hat drei fatale Folgen: Erstens ist der Antisemitismus „normal“ in christlichen Staaten; zweitens sind die Araber per se ein Problem in Israel („demographische Gefahr“) und drittens ist eine scharfe Trennung, d.h. „Grenzziehung“ erforderlich.

Auf der anderen Seite gibt es keine räumliche Grenze, z.B. auch nicht in der israelischen Verfassung. Sharon selbst sagte, Israels Grenzen könnten in den nächsten 50 Jahren nicht festgelegt werden. Dahinter steckt laut Referent ein Konzept der „Frontier“, des Wilden Westens, den es zu erobern gilt. Dazu bringt Michael Warschawski ein Zitat des ehemaligen Ministerpräsidenten Barak:

„Wir sind eine Villa im Dschungel“. Mit dem Dschungel gibt es keine Kompromissmöglichkeit, keine Übereinkunft, keine Lösung. Es gibt nur den totalen, permanenten und präventiven Krieg.

Die „Mauer“, oder den „Sicherheitszaun“, wertet der Referent als Antwort auf diese beiden Konzepte: Eine scharfe Grenzziehung, die Ausfälle und Rückzug in den Dschungel erlauben. Die Palästinenser werden ausgesperrt, teilweise auch von ihren Wasserquellen und Weiden, es gibt auch Diskussionen über einen „Transfer“ der Araber. Auf der anderen Seite sperrt sich Israel selbst ein, und Selbstisolierung ist der erste Schritt zur Degeneration.

Besonders gefährlich sei, dass auch in den USA im Augenblick eine ähnliche Konfliktstrategie unter dem Titel „Kampf gegen den Terror“ verfolgt wird, so dass es keinen mäßigenden Einfluss auf die israelische Regierung gibt.

Der Friedensbewegung in Israel – darunter die Bewegung „Zusammen leben“ – stellt sich aus diesen Gründen eine doppelte Aufgabe:

Einerseits müssen ununterbrochen Breschen in die Mauer der Selbstisolation geschlagen werden, Fenster für Kommunikation, Solidarität, gemeinsame Diskussionen und der Suche nach Lösungen.

Andererseits müssen die Aktivitäten als „Grenzwächter“ verstärkt werden. Ganz wörtlich gegen die andauernde Landnahme der Siedlungsbewegung, aber auch in der öffentlichen Debatte, in der festgehalten werden muss: Es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Auch nicht aus Sicherheitsinteressen heraus. Wichtige Quellen dieser Grenzen: Erklärung der Menschenrechte, Genfer Konvention, Internationale Verträge, Verbot von Folter, Schutz der Zivilbevölkerung, Verhältnismäßigkeit der Mittel. Als Beispiel für „Grenzwächter“ in der israelischen Gesellschaft nannte er die Rekrutten, die sich weigern, in den besetzten Gebieten ihren Militärdienst zu leisten. Sieben von ihnen sind bereits zu 1 bis 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden – mit der Ankündigung des Militärs, sie danach sofort wieder einzuziehen.

Hoffnung auf eine schnelle Änderung der israelischen Politik konnte Michael Warschawski nicht wecken. Vielversprechend für die Zukunft sei jedoch, dass immer mehr junge Leute sich von dieser Haltung und Sicht der Dinge abwenden. Er selbst sei auf seiner Seite der Grenze geblieben und kämpfe weiter um eine Veränderung der israelischen Gesellschaft.

„Es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen“ – diesen Grundsatz zu propagieren und ihm in allen Gesellschaften, Staaten und Bewegungen zur Gültigkeit zu verhelfen, ist eine wichtige Aufgabe der Friedensbewegung und der Zivilgesellschaft nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Vielleicht gelingt es auf dem Umweg über die

Weltöffentlichkeit, Konfliktparteien zum Beispiel zum Schutz der Zivilbevölkerung zu bewegen. Auch Grenzen, die wir hier in Deutschland für gesichert hielten (z.B. Verbot von Angriffskriegen, Verbot der Folter, Recht auf Asyl), müssen verteidigt und zum Teil erneut gezogen werden. Weiteren Grenzverteidigungen werden wir uns bald im „Kampf gegen den Terror“ gegenüber sehen. *wob*

**Michael Warschawski**  
An der Grenze  
Vorwort von Moshe Zuckermann  
Broschur, 256 Seiten, mit 25 S-W-Fotos,  
19,90 ISBN 3-89401-431-8

## Zivile Sicherheitspolitik kontra Globalisierungs-Kolonialismus

Von Franz-Karl Hitze

Das 6. Friedens- und Sicherheitspolitische Symposium fand in diesem Jahr in Strausberg vor den Toren Berlins statt. Wie schon in der Vergangenheit hatte dazu die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg im Verein mit der Berliner Bundesstiftung, dem Bildungswerk „Helle Panke“, eingeladen. Auch die URANIA Strausberg gehörte zu den Gastgebern. Als Thema wurde „Europa und Militär – Europäische Friedenspolitik oder Militarisierung der EU?“ gewählt. Der lebhaften, oft auch kontroversen Diskussion folgten über 70 Gäste, darunter zahlreiche Wissenschaftler, Friedensaktivisten und ehemalige Generale und Offiziere der NVA.

Der Sozialwissenschaftler Harry Grünberg aus Hessen informierte sehr anschaulich über einen kürzlich stattgefundenen Kongress der lateinamerikanischen Linken in Mexiko. Seine These: Die lateinamerikanischen Linken rechnen mit der Chance, dass Europa, gemeint ist die EU, sich als ein Gegengewicht zur US-amerikanischen Politik darstellen kann. Grünberg stellte fest, dass die USA-Konzerne heute schon über 70% der primären Erdölreserven der Welt verfügen. Damit entscheiden sie über die wirtschaftliche Entwicklung der Länder, wo das Erdöl gefördert wird. Auf den Nahen Osten fokussiere sich auch die Politik der USA, um dort eine wirtschaftspolitische Freihandelszone zum Nachteil Europas zu schaffen.

Alleine diese Tatsachen verschärfen die politische Entwicklung der Beziehungen zwischen Europa und den USA. Hier sah der Redner einen Ansatzpunkt für eine eigenständige Politik der EU gegen das US-amerikanische Kapitalismusmodell. Umso notwendiger sei deshalb, an der Sicherheitspolitik der OSZE

festzuhalten.

Der Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr Strausberg, Dr. Sven Bernhard Gareis, analysierte sehr eindrucksvoll Meinungen und Einstellung der Bevölkerung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwar werde Europa als eine abstrakte Ebene gesehen, aber weniger als Gefahrenherd für eine nukleare Auseinandersetzung oder einen neuen Weltkrieg. In Italien und in Frankreich gäbe es konträre Prämissen. Überrascht waren die Zuhörer von der Analyse Gareis', dass sich über die Hälfte der Bevölkerung – so eine Studie des Bundeswehr-Institutes – für militärische „Friedens“-Einsätze ausspricht. Sogar 72 % der Befragten seien mit der militärischen Komponente der EU-Politik einverstanden.

Dr. Reinhold Rummel (Berlin) dagegen konzentrierte sich auf den „Zivilen Gehalt der Europäischen Sicherheitspolitik“ und erntete dafür prägnante Beifall. Ein typisches Beispiel dafür sei die Antwort gewesen, die die spanischen Wähler in der vorausgegangenen Woche auf die proamerikanische Politik von Regierungschef Aznar gegeben hatten. Die Antwort des neuen Premiers Spaniens, die spanischen Truppenkontingente aus dem Irak abzuziehen, seien eine internationale Antwort gewesen. Auch die sofortige Schließung der Grenzen durch Frankreich reihe sich in diesen Kontext ein. Die Frage sei: Auf was muss sich jetzt Europa vorbereiten? Seine Antwort: Europa muss militärische und zivile Mittel zur Konfliktbefriedigung einsetzen und gleichzeitig die militärischen Mittel reduzieren.

Diesem Ansatz folgte auch der em. Prof. Dr. Wilhelm Ersil (Potsdam-Babelsberg), ein ausgewiesener Politikwissenschaftler. Er referierte zum europäischen Verfassungsentwurf und den diesbezüglichen Auseinandersetzungen in der EU. Eine große Rolle spielte in seinen Ausführungen die These vom sogenannten „Kerneuropa“. Er untersuchte die Forderungen für eine europäische Militärunion, die von allen Bundestags-Fraktionen gut geheißen werde.

Der Tagungsleiter, Major a.D. Dr. sc. Lothar Schröter (RLS-Potsdam), sprach über „Anspruch versus Logik militärischer Machtentfaltung in der EU“. Auch er hob die zivile Komponente der europäischen Sicherheitspolitik hervor und forderte den Ausbau ziviler Hilfsorganisationen, wie z.B. des „Technischen Hilfswerkes“ (THW). Er hob als positives Beispiel den Einsatz von Polizei-Einheiten beider deutscher Staaten in Namibia hervor, der 1989 zu Ende ging. Dagegen seien nach seiner Auffassung der Einsatz von Blauhelm-Truppen durchaus sinnvoll, wenn sie aus Staaten kommen, die keine unmittelbaren Interessen in den Konfliktgebieten verfolgen, und nur akzeptabel, wenn sie als friedenserhaltende Komponente wirksam werden. Kampfeinsätze europäischer Streitkräfte

festzuhalten.

te widersprüchen den originären Interessen der Europäischen Gemeinschaft. Schröter widersprach dem weltumspannenden Globalisierungs-Kolonialismus und damit dem Versuch der militärischen Machtentfaltung namens der EU.

Das Symposium am vergangenen Sonnabend (20.03.04) war ein wichtiger politischer Beitrag von Wissenschaftlern und engagierten Freunden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und der Bundesstiftung gleichen Namens Berlin zu den Aktivitäten der Friedensbewegung in vielen Ländern Europas.

### Leseempfehlung:

## Michel Quint: Effroyables Jardins

(Deutscher Titel:  
Die schrecklichen Gärten)

Ein Clown mit einem kleinen Kofferchen – mit dieser Episode beginnt Michel Quents Roman – soll beim Prozess gegen den Kollaborateur Maurice Papon in Bordeaux 1997 im Gerichtssaal gewesen sein. Nur einen Satz soll man von ihm gehört haben: „Sans vérité, comment peut-il y avoir de l'espoir ...?“ (Wie kann es ohne Wahrheit Hoffnung geben?) Der Clown und Grimassenschneider, einer, der andere zum Lachen bringt, ist auch die Schlüsselfigur der verwobenen Geschichten des in der französischen Provinz spielenden Romans; der dumme August, Symbol für das Überleben der Menschlichkeit.

Eine der Geschichten in dem Roman, erzählt vom Sohn, der seinen Vater André hasst für die vielen kostenlosen – und in des Sohnes Augen – schlechten und pein-

## Informationen um den Roman herum

### Maurice Papon

Im Mai 2004 wird in Frankreich ein weiteres Urteil über Maurice Papon vom Obersten Gerichtshof ergehen: der am 2. April 1998 für „complicité de crimes contre l'humanité“ (Mittäterschaft an Verbrechen gegen die Menschlichkeit) zur zehn Jahren verurteilte ehemalige hohe Staatsbeamte hatte vor dem Europäischen Gerichtshof die Wiederaufnahme des Verfahrens erwirkt. Die Verbrechen, für die der 1910 geborene Papon verurteilt worden ist, beging er als Generalsekretär der Präfektur der Gironde zwischen 1942 und 1944. Nachweislich 1700 Menschen jüdischen Glaubens aus der Gegend von Bordeaux wurden unter seiner Federführung auf Anweisung der Deutschen Besatzer verhaftet und deportiert. Für diese

lichen Clowns-Vorführungen. Sie überschatten die gesamte Kindheit des Sohnes. Bis er die Motive kennen lernt: eine andere Geschichte aus einer anderen Zeit: Die Cousins André und Gaston hatten Anfang der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts während der deutschen Besatzungszeit für die Résistance einen Sprengstoff-Anschlag auf ein Trafohäuschen in der nordfranzösischen Provinz ausgeführt. Ironischerweise wurden sie, obwohl nicht der Tat verdächtigt, von der deutschen Wehrmacht zusammen mit zwei anderen als Geiseln festgenommen. Nach und nach sollten sie erschossen werden. Nur die freiwillige Meldung oder Denunziation der wahren Schuldigen könne sie retten. Kurz vor der ersten Erschießung wendet sich Blatt, die vier wissen nicht warum und erfahren es später.

Heimlich aufgeklärt über den Vorgang hat sie der deutsche Wehrmachtssoldat Bernd. Dieser hatte die vier Geiseln, die in einem feuchten Erdloch mit Deckel gefangen gehalten wurden, bewacht. Statt sie aber anzupissen oder zu beschimpfen – was sie erwartet hatten –, hat er ihnen den Clown gespielt, ihnen Grimassen geschnitten, sie gegen ihre anfängliche Empörung über diesen angeblichen Hohn zum Lachen gebracht. Aber nicht nur das: Er hat sie mit Essen versorgt, er hat ihre Sprache gesprochen, sich mit ihnen unterhalten und ihnen auch die wichtigsten Mitteilungen weitergegeben. Er wurde für sie zum letzten Symbol der Hoffnung, mehr noch: der Menschlichkeit an sich und der Vision, dass es auch anders geht mit Deutschen und Franzosen.

Hier ahnt man als Leser schon, dass sich der Kreis zu der anfangs erwähnten realen Episode im und vor dem Gerichtssaal von Bordeaux schließen wird. Es fehlt nur noch die Aufklärung über das Motiv des Mannes im Gerichtssaal. Die-

ses erschließt sich über die Schuld, die sich die beiden Attentäter ungewollt auf aufgeladen hatten: Tragischerweise hatten sie bei ihrem Anschlag einen im Trafohäuschen zufällig anwesenden Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft so schwer verletzt, dass er dem Tode geweiht war. Dieser Arbeiter hat sich als der gesuchte Bombenleger der deutschen Kommandantur gemeldet, um die vier Geiseln zu retten. Die Deutschen haben nicht lange gefackelt und ihn auf seinem Todeslager erschossen. Als Sühne für dieses Opfer hat der dafür in der Jugend gehasste Vater sein Leben lang den Clown gespielt und ist in der Figur des stummen Prozessbeobachters wieder zum Vorschein gekommen.

Obwohl der spannend zu lesende Roman sehr kurz ist, fasziniert er durch die Verknüpfung der vielen Dinge, die Leben ausmachen, und durch die Klarheit seiner ethischen Position, die dem Text innewohnt. Schon die Widmung verweist auf die Absicht: Michel Quint widmet seinen Roman seinem Großvater, einem Minenarbeiter, der in Verdun gekämpft hat, und seinem Vater, einem ehemaligen Widerstandskämpfer, der ihm trotz allem die deutsche Sprache bei- und nahegebracht hat, mit den Worten: „... parce qu'ils sentaient bien que le manichéisme histoire est une sottise“ („... weil sie wohl wussten, dass der Manichäismus in der Geschichte eine Torheit darstellt“). Zusätzlich widmet er sein Buch Bernhard Wicki.

Aus einer kurzen Bemerkung seines Vaters, dass er Bernhard Wicki während des Krieges getroffen habe, hat Michel Quint den Soldaten Bernd gemacht. 95% Fiktion, 5% Wirklichkeit gilt als Quints Romansystem. Die so erzeugte Spannung vermittelt sich direkt. Überhaupt macht das eine Qualität dieses Romans aus: man will mehr wissen zu den Hintergründen

und zu aktuellen Themen und politischen Auseinandersetzungen auf dem Plot einer spannenden Geschichte.

Der Roman war an Weihnachten 2002 meistverkauftes Buch in Frankreich, wurde auch verfilmt und als Theaterstück (u.a. in Avignon) gezeigt und ist mittlerweile in 14 Sprachen übersetzt. Die deutsche Übersetzung ist ziemlich misslungen: eine holprige Sprache in einem unmöglich aufgemachten Buch: statt Vorder- und Rückseite zu bedrucken wurden Doppelblätter gebunden. Insfern ist eine Leseempfehlung fast nur für das französische Buch zu geben. Hier allerdings findet man eine hervorragende Ausgabe in der Serie „pocket junior“, die neben dem Originaltext viele Hintergrundinformationen und Anregungen enthält.

evd



Btb Bei Goldmann (Februar 2002)  
Gebundene Ausgabe  
Preis: EUR 15,00

Menschen bedeutete dies in ihrer großen Mehrzahl den Tod, für Papon war es eine Stufe auf der Karriereleiter: 1947 wurde er Präfekt von Korsika, 1949 Präfekt von Constantine (Algerien); von 1958 bis 1967 Polizeipräfekt von Paris (in seine Zeit fällt das Massaker an den Algeriern); 1968 bis 1983 zum Deputierten gewählt; 1978 bis 1981 Finanzminister in der Regierung Raymond Barre.

#### Historische Einordnung

Im Mai 1940 überrannte die deutsche Wehrmacht die Benelux-Länder und zwang Frankreich zur Kapitulation. Der Norden war besetzt, im Süden installierte General Pétain die Vichy-Regierung (Stichwort: Kollaboration). Für die aktive Beteiligung dieser Regierung an dem Juden-Vernichtungs-Programm der Nazis und der Versklavung französischer Arbeiter (Stichwort: Zwangsarbeit) wurde General Pétain nach 1945 zum Tode verurteilt (umgewandelt in lebens-

lange Freiheitsstrafe).

1940 wurde gegen die deutsche Besatzungsmacht und die Kollaborateure die Widerstandsbewegung „La Résistance française“ gegründet. Illegale Verbreitung illegaler Schriften, Sabotage, Attentate – vielseitig waren die Bemühungen, die deutsche Naziherrschaft politisch und militärisch zu beseitigen. Der Anteil der Résistance an dem militärischen Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland ist in Frankreich allgemein anerkannt, wenn auch in unterschiedlicher Bewertung.

#### Bernhard Wicki

Hier sei nur erwähnt, dass der am 28. Oktober 1919 geborene Wicki, 1940 aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer kommunistischen Jugendorganisation ins Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht worden ist und nach 10 Monaten aufgrund der Intervention von Gustav Gründgens freikam. Sein Film

„Die Brücke“ (1959) wurde als erste gelungene filmische Auseinandersetzung eines Deutschen mit dem Krieg der Nazis fast überall hochgelobt. In diesem Film geht es um Kinder, die sich in den letzten Tagen des Nazi-Regimes in Deutschland in der Realität des Krieges um alles gebracht sehen. Das qualitativ Neue an dem Film war, dass eine eindimensionale Gut-und-Böse-Erklärung nicht mehr funktioniert.

#### Stichwort: Manichäismus

In letzter Zeit kann man dieses Wort verstärkt in der öffentlichen Debatte wahrnehmen. Es wird gebraucht als Überbegriff für ein Weltbild, das die Welt in zwei Lager aufteilt: das Gute und das Böse. Benutzt wird dieses Bild für die Rechtfertigung des „Kampfes gegen das Böse“. Der Manichäismus als religiöse Richtung sieht das zwar etwas differenzierter, gibt dieser Auslegung aber durchaus genügend Spielraum. evd

**7.-9. Mai, Poznan/Polen:** Ein Entwicklungsmodell für die erweiterte EU. Internationale Konferenz des Netzwerks EPOC (Improvement of Economic Policy Coordination for Full Employment an den Social Cohesion) über die sozialen und politischen Herausforderungen im Gefolge der EU-Erweiterung. Infos/Anmeldung: Jacqueline Runje, Universität Bremen, FB 7/Ökonomie, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, 28359 Bremen . www.epoc.uni-bremen.de jrunje@ewig.uni-bremen.de

**8./9. Mai, Rom:** Gründung der Partei der Europäischen Linken.

**10./11. Mai, Bonn:** Nationaler Städtebaukongress: *Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung*. Veranstaltet von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

**14.-16. Mai, Berlin:** *Es geht auch anders!* Gemeinsamer bundesweiter Perspektivkongress von ver.di, IG Metall, Attac und anderen über die Perspektiven einer emanzipatorischen Gesellschaft, Infos: www.attac.de

**15./16. Mai, Sömmerda:** *Kommunalpolitische Konferenz der PDS*

**23. Mai:** *Bundespräsidentenwahl*

**Mittenwald, 29./30. Mai:** Protestaktionen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger  
Samstag, den 29. Mai 2004: 11.00 Demonstration ab Bahnhof durch Mittenwald  
15.00 bis 18.00 Uhr Veranstaltung mit Beiträgen zu den NS-

Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland. Angefragt sind u.a. Manolis Glezos (Athen), Vertreter aus Lingiades (Griechenland) Vercors (Frankreich) Sonntag, den 30. Mai 2004: ab 9 Uhr Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten.  
VeranstalterInnen sind der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA. Zur Mobilisierung gibt es Plakate und den Aufruf. Wir bieten auch ReferentInnen für Mobilisierungsveranstaltungen mit Filmchen und historischen Hintergrundinformationen an. Außerdem fährt von Wuppertal und von Bremen (?) auch wieder ein Bus. Meldet euch schnell an bei angreifbare.tradition@freenet.de

**8.-10. Juni:** *G8-Gipfel, u.a. zum Nahostplan*

**13. Juni:** *Europawahl*; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

## Vom Münchener Diktat zur Nachkriegsordnung

### Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik – 7. bis 9. Mai in München

Historische Fachtagung des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

#### Programm

(Vorläufiger Stand: 2. April)

#### FREITAG 7. Mai

Eröffnung

19 Uhr

EU-Osterweiterung und deutsche Geschichtspolitik. Deutsch-Tschechische Beziehungen und die Kampagne um die sogenannten „Beneš-Dekrete“ Mit Prof. Eckhard Mehls (ehem. Professor, HU Berlin), Renate Hennecke (Redaktion DTN, München), Emil Hruška (Publizist, Plzen), Leo Furtlechner (Journalist, Linz).

Podiumsdiskussion

#### SAMSTAG 8. Mai

Vorträge und Diskussion

9:30 – 10:45 Uhr

**Tobias Ebbrecht:** „Vertreibung“ im Film. Geschichtspolitik und ihre mediale Vermittlung

11 – 12:15 Uhr

Florian Weis: „Germans may have to face the choice between migration an den massacre“ – Die britische Haltung zu Grenzziehung und Umsiedlung

13:15 – 14:30 Uhr

**Jana Mikota:** „Nicht selten reiste der also Ausgewiesene im selben Zug wie der Beamte, freilich nicht in demselben Abteil, ins Landesinnere zurück“: Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

14:45 – 16 Uhr

**Velten Schäfer:** Ein großes Tabu. Aber welches? – Die (west)deutsche Geschichtswissenschaft und das Erbe von Volksgruppenpolitik und Volksgeschichte“

16:30 – 17:45 Uhr

**Florian Beck** „Realpolitik und Hybris“

20 Uhr

**Eva Hahn:** Lesung

#### SONNTAG 9. Mai

Vorträge und Diskussion

9:30 – 10:45 Uhr

**Juliane Gilles:** Die Wertung des „Münchener Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

11 – 12:15 Uhr

**Tobias Weger** (angefragt): Das „Münchener Abkommen“ und die Nachkriegsordnung in der außenpolitischen Strategie der bundesdeutschen Rechten, namentlich der Vertriebenenverbände

12:30 bis 14 Uhr

**Steffen Bockhahn:** Die Beneš-Dekrete und deren Auswirkungen auf den EU-Beitritt Tschechiens

14:30

Abschluss der Tagung

von Freitag den 7. Mai 2004, 19 Uhr  
bis Sonntag den 9. Mai 2004, 14 Uhr  
In München im EineWeltHaus  
Schwanthalerstr. 80

Anmeldung erbeten unter:

fiedler@kurt-eisner-verein.de

oder per Post an:

Kurt-Eisner-Verein

für politische Bildung in Bayern e.V

Schwanthalerstraße 139 Rgb.

80339 München

Tel. und Fax: 089/51086716

Bürozeiten für die Tagung:

Freitag 10 bis 12 Uhr